

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Volkshilfsgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
einmal, Sonntags und Feiertags
zweimal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Sport
und Zeit“ und „Kochrezepte“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lokal“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 87596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Die einpaarige Konjunktur
des Jahres 1928, die im Januar
mit „Kleine Angelegenheiten“ des
Verlags „Kleine Angelegenheiten“
begann, hat sich im März 1929
fortgesetzt. Die ersten vier
Wochen des Monats März 1929
haben über 15 Millionen
Abnehmer für zwei Monate
Arbeitslosenunterstützung
für Familienangehörige für
Abnehmerinnen 60 Pfennig.
Anzahl im Hauptgeschäft
für 2. wochentgl. von 6 1/2 bis 17 Mr.

ILP. und Wehrausgaben.

Ein radikaler Mehrheitsbeschluss im Gegensatz zur Politik der Labour-Party.

London, 2. April. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei (ILP) nahm am Dienstag in seiner Schlußsitzung mit 160 gegen 125 Stimmen eine Resolution an, durch die sämtliche der Unabhängigen Partei angehörigen Parlamentsmitglieder verpflichtet werden, gegen sämtliche Militärausgaben im Parlament zu stimmen.

In der Debatte betonte der Abg. Shinwell, der im Kabinett MacDonald Bergbauminister war, daß die Unabhängige Arbeiterpartei damit

in vollem Gegensatz zu der Gesamtpartei

stehe, die keineswegs unter allen Umständen jegliche Militärausgaben verwerfe. Eine Durchführung der Instruktion des Parteitages der Unabhängigen Partei würde es einer zukünftigen Arbeiterregierung unmöglich machen, irgendeinen Budgetposten für die bewaffnete Macht in den zukünftigen Staatshaushalt einzuführen. Shinwell schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er sich an diese Resolution nicht gebunden fühle und die Wünsche seiner Wähler und nicht die des Parteitages der Unabhängigen befolgen werde.

Die Resolution des Parteitages, gegen die selbst der radikale Parteivorstand der ILP sich gewandt hätte, schaffte eine ernste Verleürung der zwischen der ILP und Arbeiterpartei bestehende Spannung, indem sich der Parteitag in ausgesprochenem Gegensatz gegen das Programm der Gesamtpartei stellt. Obwohl von den 156 Unterhausabgeordneten der Arbeiterpartei 114 gleichzeitig auch Mitglieder der Unabhängigen sind, dürfte jedoch die Bedeutung der Resolution praktisch gering sein, da sich die Mitglieder der ILP seit Jahren daran gewöhnt haben,

lediglich die Parolen der Gesamtpartei

und nicht diejenigen der ihr angeschlossenen ILP mit ihren 30 000 Mitgliedern zu befolgen.

Vor der Annahme der Resolution wurde eine Debatte über Indien geführt, in deren Verlauf Fenner Brockway, der kürzlich Indien bereist hat, erklärte, daß in Indien eine Explosion von bisher nicht dagewesenem Umfange erfolgen werde, falls Indien bis zum Ende des gegenwärtigen Jahres nicht Dominionsrang erhalte. Die Konferenz nahm nach einer längeren Debatte eine Resolution an, die die „Verstärkung

der britischen Unterdrückungsmaßnahmen in Indien“ verdammt und die Parteimitglieder verpflichtet, für das Recht der Selbstbestimmung der indischen Bevölkerung zu kämpfen.

Die Mehrheit der Kongreßdelegierten der ILP hat mit diesem Beschluß den Konservativen einen unfreiwilligen Liebedienst geleistet. Er ist um so unverständlicher, als auch die ILP den Sturz der Regierung Baldwin und ihre Ersetzung durch eine Arbeiterregierung als Wahlziel verkündet hat. Selbst wenn diese Arbeiterregierung aus lauter Mitgliedern des radikalen Flügels der ILP bestehen würde, könnte sie auch nicht anders handeln, als die Kredite für die Landesverteidigung weiter in den Etat einzustellen und sich für ihre Bewilligung einzusetzen. Es gibt in England höchstens eine kleine Minderheit, die für die sofortige und restlose Abschaffung der Marine zu haben wären. Was die englische Arbeiterklasse fordert und von einer Arbeiterregierung erwartet, ist zunächst, daß keine Mehrausgaben für Wehrrüstungen mehr bewilligt werden und daß darüber hinaus die Rüstungsausgaben allmählich abgebaut werden, im eigenen Lande und international durch eine kräftige Inanspruchnahme des Weltabrüstungsproblems. Das ist die Wahparole der Arbeiterpartei gegen die Konservativen, die bisher die internationale Abrüstung durchkreuzt haben. Das ist das erreichbare Ziel, für das man die Massen der Wähler und Wählerinnen gewinnen kann.

Der Mehrheitsbeschluss der ILP zeigt, daß die kommunistische Propaganda im Sinne des Genfer Witwinow-Schwindsels in diesem Teil der britischen Arbeiterbewegung Wurzeln gefaßt hat. Das wußten bereits die Teilnehmer des Internationalen Kongresses zu Brüssel, wo die ILP-Delegierten sich hartnäckig, aber erfolglos für eine grundsätzliche Zustimmung zum Witwinowischen Vorschlag der sofortigen Totalabrüstung eingesetzt hatten. Es ist immerhin bemerkenswert, daß dieselben Genossen, die in Brüssel für diese Forderung kämpften, jetzt als Vorstandsmitglieder auf dem eigenen Parteitag einen solchen Beschluß zu verhindern versuchen. Sie wurden indessen überstimmt durch die Geister, die sie gerufen hatten und nicht mehr los werden konnten. Ein in der neuesten Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zwar keineswegs einzig-dastehender, aber sehr lehrreicher Vorgang.

Im Zusammenhang damit ist der Beginn des Haifaer Hafenhanges wiederum bis auf den November verschoben worden, um Zeit für neue Vorschläge zu gewinnen.

Die Notwendigkeit des englisch-französischen Zusammengehens in Ästen, das sich neben Politik und Wirtschaft auch auf verwaltungstechnische Fragen ausdehnen soll, erweist sich für beide Teile als so groß, daß ihre endgültige Erledigung nicht durch die Beauftragten an Ort und Stelle, sondern durch die Vertreter der Zentralregierungen in Konferenzen zu London und Paris erfolgen wird.

Troški wartet.

Und hofft einstweilen auf Deutschland.

Stambul, 2. April. (Eigenbericht.)

Leo Troški hat das Hotel verlassen und in einem Borort ein Einfamilienhaus gemietet; er rechnet jetzt mit einem längeren Aufenthalt in der Türkei.

Vor einigen Tagen erklärte Troški dem Vertreter des „Soz. Pressebüros“, er habe seinerzeit, als er sich an Lóbe wandte, angenommen, daß ihm die Einreiseerlaubnis für Deutschland innerhalb 48 Stunden erteilt werden würde. Durch die Verzögerung gerate er in eine immer schwierigeren Lage. Es bestehe die Gefahr, daß er die Kuraison verpasse und sich sein Leben dadurch verschlimmere; zwar hätten seine Freunde in anderen Straten Anträge auf Einreisebewilligung gestellt, er müsse diese Anträge jedoch desooolieren, da er gezwungen sei, auf die Erstellung des Visums nach Deutschland zu warten.

Schnapsverbot in Rumänien.

Bier und Wein bleiben erlaubt.

Aus Gründen der Volksgesundheit hat die Regierung die Trodenlegung Rumániens beschlossen. Die Erzeugung von Spiritus und Branntwein soll eingestellt, der Verkauf von Spirituosen, besonders von Sbidowig (Blaumenbranntwein) verboten werden. Den Fabrikanten soll eine Uebergangszeit zur Umstellung ihrer Betriebe gewährt werden. Dies Verbot soll sich nicht auf Bier und Wein erstrecken.

Die erste Milliarde.

Zum Jahresbericht der Angestelltenversicherung.

Der jetzt vorliegende Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1928 gibt nicht nur Aufschluß über den Stand der Angestelltenversicherung, er beweist gleichzeitig, daß ein weiterer Ausbau der Leistungen sehr wohl möglich ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte in ihrem Antrag Nr. 105 eingehende Vorschläge für den Ausbau der Leistungen gemacht. Durch das Gesetz vom 7. März sind zwei bedeutsame Verbesserungen mit Wirkung vom 1. März in Kraft getreten. Die Wartezeit für die Inanspruchnahme der Leistungen der Angestelltenversicherung ist wesentlich verkürzt worden, sie beträgt jetzt nur noch 60 Beitragsmonate; wenn jedoch weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungs-pflicht nachgewiesen sind, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Diese Venderung hat auch Bedeutung für alle früheren Antragsteller, denen auf Grund der alten Vorschriften die Rente abgelehnt worden ist. Wenn sie jetzt auf Grund der neuen Vorschriften anspruchsberechtigt sind, so muß ihnen auf Grund ihres Antrages mit Wirkung vom 1. März die Rente gewährt werden. Der Antrag auf Nachprüfung kann jedoch nur bis zum Schluß des Jahres 1930 gestellt werden.

Eine weitere bedeutsame Venderung ist eingetreten durch die Vorschrift, daß als berufs-unfähig alle Angestellten gelten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos sind. Der Anspruch auf Ruhegeld besteht, wenn die Wartezeit erfüllt ist, für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit. Solange jedoch ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, also entweder auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung oder Sonderunterstützung bei berufsunfähigkeit besteht, wird das Ruhegeld erst mit dem Wegfall dieses Anspruches gezahlt. Sobald der Empfänger des Ruhegeldes in eine invaliden- oder angestelltenversicherungs-pflichtige Beschäftigung eintritt, fällt mit dem Ablauf des Monats das Ruhegeld weg. Diese Leistung für die älteren arbeitslosen Angestellten ist zunächst befristet bis zum Schluß des Jahres 1933.

So bedeutsam diese Venderungen sind, sie werden im Gesamtergebnis keine entscheidende Belastung für die Angestelltenversicherung bedeuten. Das beweist die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz des vorliegenden Jahresberichts. Die Beitragseinnahmen haben 317 Millionen Mark erreicht, der Voranschlag für das Kalenderjahr 1929 sieht eine weitere Steigerung um 31 Millionen Mark vor. Auch die Einnahmen an Zinsen sind erheblich gestiegen; sie betragen 1927 rund 48 Millionen Mark und stiegen 1928 auf rund 67 Millionen Mark. Stellt man diesen wichtigsten Einnahmeposten den entscheidenden Ausgabeposten, nämlich die Rentenleistungen, gegenüber, so ergibt sich, daß diese zu 80 Proz. allein aus den Zinseinnahmen gedeckt werden konnten. Die Gewinn- und Verlustrechnung gibt zwar die Ausgaben für Rentenleistungen auf 101 Millionen Mark an; diesen Ausgaben stehen jedoch Einnahmen auf Grund von Rückerstattungen anderer Versicherungs-träger in Höhe von über 17 Millionen Mark gegenüber, so daß die tatsächliche Ausgabe nur 84 Millionen Mark beträgt.

Die durchschnittliche Rentenhöhe betrug am 1. Dezember 1928 unter Einrechnung der Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung beim Ruhegeld ohne Kinderzuschüsse monatlich 82,60 M., bei der Witwenrente monatlich 45,15 M., bei der Waisenrente monatlich 37,50 M. Die eingetretene Erhöhung ist nicht zuseht auf die Erhöhung der Steigerungsbeträge und Kinderzuschüsse durch das Gesetz vom 29. März 1928 zurückzuführen; sie bleibt im Gesamt-ergebnis immer noch unzulänglich.

Ein unbefriedigendes Kapitel ist immer noch die Durchführung des Heilverfahrens. Von den Anträgen auf ständige Heilverfahren wurden 26 606 Anträge, das sind 40,7 Proz., abgelehnt. Die öffentliche Kritik hatte dazu geführt, daß das Direktorium Anfang 1927 einen Ausschuß zur Prüfung abgelehnter Heilverfahrens-anträge einsetzte. Wie wenig den Versicherten, denen ein Antrag auf Gewährung eines Heilverfahrens abgelehnt worden ist, das Vorhandensein dieses Beschwerdeausschusses bekannt ist, zeigt der Umfang der eingegangenen Beschwerden. Im Jahre 1928 hatte sich dieser Beschwerdeausschuß nur mit 1804 abgelehnten Anträgen von insgesamt 26 606 zu beschäftigen. Bei einem solchen Mißverhältnis sind Rückschlüsse auf die Tätigkeit dieses Ausschusses nicht möglich, ganz abgesehen davon, daß die Angaben über die Ergebnisse dieses Beschwerdeausschusses unzureichend sind. Die Gesamtausgabe für Gesundheitsfürsorge belief sich auf 19 Millionen Mark. Solange eine gezielte Venderung bei der Durchführung des Heilverfahrens nicht vorgenommen ist, sollten die Versicherten, denen Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens abgelehnt wurden, von ihrem Beschwerderecht in allen Fällen Gebrauch machen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Jahr 1928 einen Ueberchuß von über 268 Millionen Mark aus;

Regierungssiege in Mexiko.

Rebellen auf der Flucht.

Mexiko-City, 2. April. (Eigenbericht.)

Die Bundestruppen haben am Dienstag die Ortschaft Jimenez, das Hauptquartier der Rebellen, nach hartnäckigem Kampf besetzt. Am die Eisenbahnstation und die an Jimenez grenzenden Landstraßen werde noch heftig gekämpft. Calles hofft, bis gegen Abend die Ortschaft Jimenez vollständig im Besitz zu haben.

Die Regierungstruppen schlugen die Truppen des Rebellen-generals Cruz nach siebenstündigem Kampf bei Quelitz und Siman unter schweren Verlusten in die Flucht. Die Rebellen hatten 100 Tote, 60 Gefangene und verloren viel Material. Die Regierungstruppen büßten 20 Tote ein.

Neue Entente in Vorderasien.

England-Frankreich gegen Eingeborenendebewegung.

Beirut, 2. April. (Eigenbericht.)

Unter dem wachsenden Druck des arabischen Nationalismus erstärkt sich der Wunsch Englands und Frankreichs nach einer Vereinheitlichung ihrer Politik in den Mandatsländern des mittleren Ostens. Die Oberkommissare von Syrien und Palästina haben sich jetzt auf Zusammenkünften eingehend besprochen, bis jetzt noch ohne positive Ergebnisse, da die Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiet sehr stark auseinandergehen. Hinsichtlich der Politik sind jedoch beide Parteien übereingekommen, der nationalen Opposition im Irak, Transjordanien wie in Syrien gegenüber die gleiche Politik zu beobachten. Der syrische Oberkommissar Ponsot wird in der Frage der syrischen Verfassung nicht eher etwas unternehmen, bis es dem englischen High Commissioner im Irak, Sir Gilbert Clayton, gelungen ist, die dortige Krise zur Zufriedenheit Englands zu lösen.

Außerordentlich groß sind jedoch die Differenzen über Detailfragen auf ökonomischem Gebiet. Die Hauptschwierigkeit bildet immer wieder die Angelegenheit der Pipeline (Erdölleitung) Mosul-Haifa. Ein englischer Kompromißvorschlag, die Rohrleitung an der Grenze des Irak zu teilen und den einen Arm in Haifa, den anderen in Tripolis (Syrien) enden zu lassen, ist von Frankreich aus finanziellen Gründen abgelehnt worden.

das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat die erste Milliarde überschritten. Das Jahr 1929 wird bereits dem Voranschlag eine weitere erhebliche Steigerung des Jahresüberschusses bringen. Angesichts einer solchen günstigen Finanzentwicklung sind selbstverständlich die Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der Leistungen gegeben.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beschäftigte am Schlusse des Jahres 1928 insgesamt 1032 Beamte und Angestellte; den Ueberwachungsdiens haben wie bisher 101 Beamte ausgeübt. Ob die Organisation der Angestelltenversicherung in allen Teilen zweckmäßig ist und ob dieser Apparat in einem richtigen Verhältnis zu seinen bisherigen Leistungen steht, mag in diesem Augenblick dahingestellt bleiben. Dagegen zeigt der Jahresbericht mit aller Deutlichkeit bereits, welche verhältnismäßig hohe Belastung allein durch den Ueberwachungsdiens entsteht. Deshalb muß wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die hier vorliegenden Mängel gelenkt werden. Eine Kontrolle bei den Arbeitgebern über die Abführung der Beiträge ist selbstverständlich dringend notwendig. Hier liegt jedoch ein gemeinsames Interesse und eine gemeinsame Aufgabe aller Versicherungs-träger vor. Der gegenwärtige Zustand, daß die einzelnen Versicherungsträger ihren eigenen Ueberwachungsdiens organisieren, verursacht nicht nur höhere Kosten, er bedeutet auch eine Minderung der Leistungsfähigkeit. Gegenseitige Vereinbarungen können die Mängel nur mildern, worauf es jedoch ankommt, das ist eine einheitliche Organisation des Ueberwachungsdiens.

Keine Bürgerblockliste in Sachsen.

Demokraten und Volkspartei lehnen ab.

Dresden, 2. April. (Eigenbericht.)

In Sachsen war der Plan aufgetaucht, bei den bevorstehenden Landtagswahlen eine Einheitsliste der bisherigen Regierungsparteien aufzustellen. Der deutsch-nationale Wirtschaftsdirektor Krug von Nidda setzte sich in seiner Partei entschieden für einen derartigen Plan ein; Bemühungen des Ministerpräsidenten Heide sollen das gleiche Ziel gehabt haben.

Die Idee von der Bürgerblockeinheitsliste ist jedoch schon jetzt als gescheitert anzusehen. Die Demokraten haben bereits abgewinkt, und jetzt erklärt auch das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, daß an die Aufstellung einer gemeinsamen Liste nicht zu denken sei. Damit dürfte das Schicksal der sogenannten „Allen sozialdemokratischen Partei“ besiegelt sein. Nur wenn ihre Kandidaten auf eine gemeinsame Liste aufgenommen worden wären, wären ihr zur Not ihre bisherigen Mandate erhalten geblieben.

Mordgrund.

Eine verleumderische Stahlhelmklage.

Der Stahlhelm veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ einen Bericht über eine Veranlassung des Reichsbanners des Ortsvereins Biergarten vom 1. März. Nach diesem Bericht habe der Kommandant Karl Ebert, der jüngste Sohn des Reichspräsidenten, über den Potsdamer „Oberbörzen des Stahlhelms“ gesprochen und dabei folgenden Satz gebraucht:

„Sollte ich (Karl Ebert) ihm einmal auf feindseligem Wege begegnen, so ist mir für ihn keine Kugel zu schade.“

Dieser Satz ist, wie uns Karl Ebert mitteilt, vollständig erlogen. Wozu diese Stahlhelmklage? Es ist ein pümpfes Manöver, um den Charakter der Organisation des Stahlhelms zu schaden, der Versuch, das Reichsbanner als eine Organisation von Totschlägern hinzustellen.

Diese Lüge ist besonders infam, da sie den Haß und die Brut der ohnehin schon genug ausgelebten Stahlhelmeute auf den letzten Nuß, dem dieser Satz unterstellt wurde.

Ausperrung in der Hutindustrie.

11 000 Arbeiter gefährdet.

Guben, 2. April.

In der deutschen Woll- und Haarhutindustrie, die hauptsächlich in den Städten Guben und Luckenwalde beheimatet ist, ist bereits seit Monaten eine von den Arbeitern eingeleitete Lohnbewegung im Gange, die auf eine Herabsetzung der Löhne abzielt. Nun hat der Arbeitgeberverband die Stilllegung der Betriebe beschlossen und sämtlichen Beschäftigten gekündigt. Die Ausperrung wird nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist von 14 Tagen beginnen. Es werden dann 11 000 Mann betroffen, von denen auf Guben allein rund 6000 entfallen. In einer Versammlung der Arbeiter in Guben erklärte der Geschäftsführer des Hutarbeiterverbandes, daß die Arbeiterschaft bereit sei, sich einem neutralen Schiedsgericht zu unterwerfen, das aus drei Schiedsrichtern bestehe, doch dürfe keines seiner Mitglieder der Hutindustrie angehören.

Zechenverband kündigt den Tarif.

Eisen, 2. April.

Der Zechenverband kündigte in einem Schreiben vom 1. April an die Ruhrbergarbeiterverbände die im Ruhrbergbau bestehende Lohnordnung zum 30. Juni d. J., zugleich aber auch den durch Schiedspruch vom 18. März 1927 abgeschlossenen Rahmenvertragsvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlengebiet. In dem Schreiben erklärt der Zechenverband weiter, seine Wünsche demnächst den vier Bergarbeiterverbänden bekanntzugeben.

Nur 3000 Amerikaner in Deutschland. Das amerikanische Staatsdepartement hat auf Grund der Konsularberichte eine Uebersicht über die im Ausland lebenden Amerikaner zusammengestellt. Ihre Zahl beträgt insgesamt 392 688. Mehr als die Hälfte davon leben in Kanada, in Deutschland 3027, in England 11 717, in Frankreich 23 860.

Strasankrag gegen Holz. Der kommunistische Redakteur, der von Max Holz auf seinem Bureau überfallen und gewürgt wurde, hat gegen Holz Strafanzeige wegen Bedrohung und Nötigung erstattet.

Abkündigung des Agrarministerpräsidenten. Der Vizepräsident von Agrar, Pragawitz, ist seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde ein Sektionschef im Reichsagrarministerium ernannt. Auch im Agrarministeramt wurden zahlreiche Veränderungen von höheren Vizepräsidenten vorgenommen, die offenbar in Zusammenhang mit der Worbaffäre Schlegel stehen. Sämtliche Nachforschungen nach den Wörtern Schlegels sind bisher ergebnislos verlaufen.

Gegen Verhekerung des Landvolks.

Eine Warnung des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.

Kiel, 2. April. (Eigenbericht.)

Am Dienstag eröffnete der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Kurbis, den Provinziallandtag mit einer Ansprache, in der er auf die ernste Lage der Provinz und auf das Treiben der rechtsradikalen Agitation in Schleswig-Holstein einging.

Nach einem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit in der Industrie ging Oberpräsident Kurbis auf die Leistungen des Staates für die Bodenwertenergie ein und fuhr dann fort:

„Während der Staat so die Rationalisierung der Landwirtschaft ebenso wie die Vermehrung des für die Kultur geeigneten Bodens fördert, hat er auf der anderen Seite auch schon zur Umschuldung der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe erhebliches beigetragen. Es sind bereits 430 Anträge befristet mit einem Betrage von mehr als 5 Millionen Mark, und weitere 250 Anträge mit einem Betrage von zusammen 2½ Millionen Mark sehen im Laufe der nächsten Wochen ihrer Erledigung entgegen. Hierbei ist die Provinz auch durch Bürgschaft beteiligt.“

Sie sehen also, daß der verarmte Staat in voller Erkenntnis der Bedeutung der Landwirtschaft für das Volksganze mehr tut, als je hier für die Landwirtschaft geschehen ist.

Gerade der neue Staat ist trotz unvergleichlich größter Anspannung seiner Finanzen der stärkste Förderer insbesondere der Landwirtschaft. Ich zweifle auch nicht daran, daß der preussische Staat auch weiterhin, trotz des demagogischen Geschreies einzelner, seine schützende Hand der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins nicht entziehen wird. Darüber hinaus werden aber zunächst vom Reich noch Maßnahmen erwartet, welche den Umfang der Preischwankungen herabmindern und damit auch der Landwirtschaft eine sichere wirtschaftliche Berechnung ebenso wie eine Vergütung ihrer Arbeit gewährleisten soll.

Staatshilfe kann nur dort mit Erfolg einsetzen, wo sie mit der Selbsthilfe Hand in Hand geht.

Wir haben in den letzten Wochen eine Bewegung hier in der Provinz erlebt, die sich Nothilfe nennt, die aber, weil sie sich gegen den Staat und gegen die eigenen zur Verantwortung berufenen Körperschaften richtet, nicht aus der Not hilft, sondern nur tiefer in die Not hineintreibt.

Das ist die einzige Folge solches unverantwortlichen Auftretens, von dem der besonnene Teil unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung weit abrückt. Wer aber den Führern dieser „Nothilfe“ folgt, dem dürften bald genug die Augen darüber aufgehen, daß er sich ebensoviel an sich selbst wie an seinen Berufsgenossen versündigt.

Wir haben auch mit Schauern erleben müssen, daß politische Verhekerung zu Bluttaten geführt hat, die wir tief beklagen und die scharfe Maßnahmen zur Erhaltung der Ruhe nötig machten. Die Verantwortung dafür tragen die Elemente, die den Kampf des einen Volksteils gegen den anderen wollen und die sich bemühen von einer friedlichen Zusammenarbeit des ganzen Volkes, die uns allein aus unserer Not herausreißen kann, abzuwenden. Diese Verantwortungslosen fordern nicht nur die Staatsautorität heraus, sie schaden zu-

gleich allen denen, deren politisches Urteil so unklar ist, daß sie sich ihren Bewegungen anschließen.

Die Staatsautorität ist wirklich genug Herr der Lage, um jedem umfährerischen Willen von jeder Seite zu begegnen.

Ich hoffe hier, daß der gesunde Sinn unserer Bevölkerung, dem wir nach wie vor glauben, in allen schwierigen Tagen vertrauen zu können, auch diese unsinnigen schädlichen Verbindungen und Bewegungen ausscheiden wird, um weiteres Unglück von dem einzelnen abzuhalten.

Selbstmord eines Landwirts.

Und was die Gehpresse daraus macht.

Vor einigen Tagen ereignete sich im Gerichtsgebäude in Altona ein tragischer Fall. Ein Landwirt aus Flotbeck, der zu einem Versteigerungstermin erschienen war, schoß sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf und verließ auf der Stelle. Hätte es sich um einen der vielen Arbeitslosen gehandelt, die aus Verzweiflung Hand an sich legen, so hätte die Rechtspreffe den Fall trocken im Fotizebericht registriert. Sie hätte gewiß nicht aus ihm die Folgerung gezogen, daß diejenigen, die gegen die Arbeitslosenversicherung gehen, mit ihrem Gewissen zu Rute gehen sollen. Da es sich aber in Altona um einen Landwirt handelte, war das Thema für die Agitation von selbst gegeben. Am schönsten machte es die „Deutsche Zeitung“. Für sie war dieser Selbstmord ein Sturmzeichen aus dem Landvolk, „eine furchtbare Anklage unserer gesamten Bauernschaft gegen das System der marginalistischen Zerstörung des lebenswichtigsten Standes“. Ton und Inhalt der gesamten Heftartikel ließen den Leser darauf schließen, daß der unglückliche Landwirt durch die Last der öffentlichen Abgaben in den Tod getrieben worden sei.

Wie lag nun der Fall in Wirklichkeit? Der 59jährige Landwirt F. aus Flotbeck hatte im Jahre 1920 ein Anwesen von 9 Morgen gekauft und später einen Erweiterungsbau aufgeführt, für den er eine Hypothek von 5000 Mark aufnahm. Daraus war eine Zinsenlast entstanden, die er nicht aufbringen konnte, zumal eine gerichtliche Auseinandersetzung mit seiner geschiedenen Frau große Summen verschlang. So entstand eine Privatverschuldung von etwa 7100 Mark, die zur Versteigerung des Anwesens führte. Dieser Privatverschuldung stand eine Steuerschuld von etwa 56 Mark — sage und schreibe sechsundfünfzig Mark — gegenüber. Sie war in längerer Zeit aufgelaufen, da der Mann mit seiner Grundsteuer von monatlich 5,22 Mark und der Hundesteuer von monatlich 1,91 Mark im Rückstand geblieben war.

Es war also nicht das bestehende System der Landwirtschaftspolitik, das, nebenbei gesagt, alles andere als „marginalistisch“ ist, und es war auch nicht der Staat mit seinen Steuerforderungen, der den unglücklichen Mann in den Tod getrieben hat. Was da vorliegt, ist weiter nichts als ein schamloser Versuch, menschliches Unglück zu Zwecken einer gewissenlosen Hebe zu mißbrauchen.

Die Not der besetzten Gebiete.

Vorarbeiten für ein einheitliches Hilfsprogramm.

Das Reichsinnenministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Notlage der westlichen Grenzgebiete übergeben. Diese Denkschrift faßt die Berichte der Länder Preußen, Bayern, Hessen, Baden und Oldenburg über die Lage in den besetzten Gebieten zusammen. Die Berichte geben ein eindrucksvolles Bild von der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Not, die die Besetzung über die westlichen Grenzgebiete gebracht hat. Die Länder fordern vom Reich eine Reihe von Hilfsmahnahmen.

Reichsinnenminister Seevering hat den Länderberichten die folgende

Erklärung über die Stellung der Reichsregierung

beigegeben:

„Die Reichsregierung erkennt die wirtschaftliche und kulturelle Fürsorge wie für den Osten, so auch für die notleidenden westlichen Grenzgebiete und für das besetzte Gebiet als eine besonders wichtige Aufgabe an, die vom Reich in Gemeinschaft mit den beteiligten Ländern zu lösen ist.“

Wenn die Reichsregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt davon abzieht, das in den Denkschriften der fünf Länderregierungen zusammengetragene Material zu einem Hilfsprogramm von großem Ausmaß für den Westen auszuwerten, so ist hierfür in erster Linie die Rücksicht auf die derzeitige schwierige Lage der Reichsfinanzen ausschlaggebend, die eine gleichzeitige Einleitung umfassender Aktionen in sämtlichen Grenzgebieten des Reichs verbietet. Dazu kommt aber, daß ein solches Programm vor allem auch auf die wirtschaftlichen Hauptprobleme der westlichen Grenzgebiete, wie z. B. die künftige Wirtschaftsgestaltung im rheinischen Industriegebiet, an der Saar, in Rhein-Hessen und der Pfalz, die Lösung der Transportfrage usw. abgestellt sein muß und demgemäß noch eingehende Verhandlungen mit den verschiedensten amtlichen Stellen und die Anhörung von Sachverständigen erfordert. Denn eine Verzettelung in unorganische Einzelmaßnahmen oder eine reichsweite Subventionierung zahlreicher mittlerer und kleinerer Projekte wäre unwirtschaftlich und würde den Notwendigkeiten einer auf weite Sicht gestellten und durchgreifenden Grenzpolitik in keiner Weise entsprechen.

Die Reichsregierung wird in den nächsten Monaten die Vorarbeiten an der Aufstellung eines einheitlichen Hilfsprogramms für den Westen fortsetzen und behält sich ihre Entscheidung über die etwaige Einbringung einer besonderen Gesetzesvorlage bis nach Abschluß der Verhandlungen und für einen finanzpolitisch geeigneten Zeitpunkt vor.

Auf hiernach die Frage der Einleitung einer neuen großen Hilfsaktion für den Westen einstweilen zurückgestellt werden, so soll die laufende Betreuung der bedrängten westlichen Grenzgebiete und des besetzten Gebietes in dem bisherigen Rahmen auch weiterhin selbstverständlich fortgesetzt werden. Die Reichsregierung hat zu diesem Zwecke ausreichende, zum Teil gegenüber dem Vorjahr erhöhte Beiträge in den Entwurf des Haushaltsplans des Reichs für das Rechnungsjahr 1929 eingestellt. Die von der Reichsregierung aus dem Grenzgebiet I und II im engeren

Grenzbereich an der Westgrenze und in Baden geförderten Hilfsmaßnahmen sind in der Durchführung begriffen und werden voraussichtlich im Laufe des Rechnungsjahres 1929 zum Abschluß kommen.“

Deutsche Verteidiger an Kriegsgerichten zugelassen

Koblenz, 30. März.

Dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat die Rheinlandkommission als Antwort auf seine wiederholten Vorstellungen mitgeteilt, daß nach einer neuen Anordnung des französischen Kriegsministers die deutschen Angeklagten vor den französischen Militärgerichten im besetzten Gebiet sich von jetzt ab wieder ebenso wie früher durch einen deutschen Rechtsanwalt verteidigen lassen können. Diese Regelung gilt solange, bis das bekannte Ergänzungsgesetz, in dem diese Frage behandelt wird, von der französischen Kammer angenommen ist.

Politisches Nachspiel eines Fußballkampfes.

Düren, 2. April.

Nach dem gestrigen Fußballspiel der Bonhoner Woffordmannschaft gegen den Dürener Sportklub 03 wurde im Parkhotel eine Lesebunde veranstaltet. Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister Overhues ergriff der Leiter der englischen Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte, Rev. Dunnic, Labour-Mitglied des englischen Unterhauses, das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er unter anderem ausführte: Die zehnjährige Besatzungszeit, unter der Düren zu leiden habe, sei ein überaus hartes Los für die hochstehende Stadt; die Friedensliga werde alles tun, was in ihrer Kraft stehe, damit sich England weiterhin für den Abbau der Besetzung einsetze; er glaube nicht, daß es in seinem Lande noch reichlich denkende Menschen gebe, die die Besetzung des Rheinlandes irgendeine rechtfertigen könnten. Die Ausführungen des Redners wurden von den etwa 50 anwesenden englischen Gästen mit großem Beifall aufgenommen.

Pressejubiläum unter Militärzensur.

Im Lande Emsfons-Waldemaros.

Kowno, 2. April.

Demnächst wird in Litauen das Jubiläum 25jährigen Bestehens einer litauischen Presse gefeiert werden. Unter der russischen Herrschaft wurde in Litauen eine nationale Sprache nicht geduldet; erst seit der Revolution von 1903 konnte eine eigene Presse ins Leben gerufen werden. Die litauischen Oppositionsblätter fordern die Regierung auf, am Jubiläumstage die Militärzensur aufzuheben. Es wird nicht angenommen, daß dieser Appell Erfolg haben wird.

Hermann Müller krank. Der Reichsminister, der an einer Gallenaffektion leidet und bereits die Ostermode bettlägerig war, wird auf ärztliche Anordnung voraussichtlich noch bis Ende dieser Woche das Bett hüten müssen.

Bruno Walter scheidet.

Aus dem Verband der Städtischen Oper.

Die Intendanz der Städtischen Oper teilt mit, daß zu ihrem großen Bedauern die Verhandlungen mit Professor Bruno Walter zu keinem positiven Resultat geführt haben. Professor Walter scheidet nach Ablauf seiner derzeitigen Verpflichtungen aus dem Verband der Städtischen Oper.

Aus der krisenhaften Situation, in die mehr und mehr die Berliner Opern geraten sind, ist an allen maßgebenden Stellen die Einsicht hervorgegangen, daß eine Veränderung der Verhältnisse dringend nötig ist. Nachdem die staatlich-städtische Arbeitsgemeinschaft auf weitere drei Jahre abgeschlossen worden ist, kann die wünschenswerte Veränderung nur in dieser Richtung, also in einer Vertiefung und Verdichtung der Arbeitsgemeinschaft, angestrebt werden. In diesem Sinn war vor einiger Zeit der städtische Operndirektor Bruno Walter mit einem großzügigen Sanierungsplan, der den gesamten Komplex der staatlichen und städtischen Opernbetriebe umschließen sollte, hervorgetreten. Von dessen grundsätzlicher Annahme glaubte er sein weiteres Verbleiben auf seinem Posten abhängig machen zu sollen. Aber die Erkenntnis, daß der Durchführung dieses Planes fürs erste unüberwindliche Hindernisse, vor allem von Seiten der Staatsoper, entgegenstanden, auf der anderen Seite der allgemein zutage getretene Wunsch, dem reichshauptstädtischen Musikleben die unschätzbare Kraft Bruno Walters zu erhalten, haben diesen dann bewogen, sich zu einer vorläufigen Kompromißlösung bereit zu finden. Er sollte ohne operndirektionale Verantwortung für den derzeitigen Zustand der Städtischen Oper als deren Generalmusikdirektor seine bisherige Tätigkeit in vollem Umfang weiter ausüben, zunächst für ein Jahr. Selbstverständlich ohne Erhöhung seiner bisherigen Bezüge — die finanzielle Frage hat übrigens in keinem Stadium der Verhandlungen im Vordergrund gestanden — und immer im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Dinge, die ja dem gedachten künstlerischen Zusammenschluß mit der Staatsoper nur langsam und allmählich entgegenreisen können. Auch diese Kompromißlösung ist nun leider gescheitert; und es ist nicht ganz zu verkennen, daß im letzten Augenblick die Haltung der städtischen Behörde mitentscheidend dazu beigetragen hat, die Verhandlungen schließlich zu diesem negativen Resultat gelangen zu lassen.

Wichtiger aber als die Frage nach den Umständen, die endlich zu diesem unbefriedigenden Ergebnis geführt haben, ist nun die unabänderliche Tatsache, daß die Musikstadt Berlin einen sehr schweren Verlust erlitten hat. Und wichtig vor allem ist die Frage, was nun geschehen soll und wird.

In vierzehn Tagen beendet Walter seine Tätigkeit an der Städtischen Oper. Daß die Frage der Nachfolge sich bis dahin befriedigend werde regeln lassen, dürfen wir gewiß nicht erwarten. Zur Stunde mit Vorschlägen aufzuwarten, wäre wohl verkehrt. Die Meinung ist verbreitet, daß der Rome Furzwängler, und nicht nur der Rome, hinter der städtischen Musikpolitik der letzten Monate stehe. Aber Furzwängler hat selbst vor kurzem erst mit höchster Bestimmtheit öffentlich erklärt und erklären lassen, daß die Übernahme der Städtischen Oper für ihn keinesfalls in Frage kommt. Der einmalige Verdacht, er stehe mit dem Ausscheiden Walters in einem irgendwie gearteten Zusammenhang, würde sich wohl niemals ganz entkräften lassen, wenn er seine eigene Erklärung heute nicht mehr gelten ließe. Und das wäre für ihn in Berlin kein gutes Omen. Wir wissen nicht, was die paronimorischen Stellen vorhaben; wir wollen aber hoffen, daß sie in dieser schweren Sache das Rechte finden werden. R. F.

Papstmedaille für Offiziere.

Der neue Kurs in Italien.

Rom, 2. April.

Der Papst hat allen Offizieren des Infanterieregiments, das am siebenjährigen Papstkrönungstag den Ehrendienst versehen hat, silberne Medaillen geschickt. In dem Begleitschreiben hat Kardinalstaatssekretär Gasparri, daß der Papst sich freuen, allen Offizieren des glorreichen Regiments seinen Dank zu senden, was bei den Offizieren und ihren Familienangehörigen die Gefühle der Religion, Barmherzigkeit und Liebe zum Vaterland stärken sollte.

Chamberlain und Mussolini.

London, 2. April. (Eigenbericht.)

Chamberlain und Mussolini haben am Dienstag in Florenz eine Unterredung gehabt. In dem offiziellen Kommuniqué heißt es, daß sie im Verlaufe einer längeren Unterredung, die durch die bestehende herzliche Freundschaft charakterisiert gewesen sei, namentlich die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen England und Italien bestätigt hätten. Übereinstimmung sei auch in den wichtigsten politischen Fragen, an denen die beiden Länder interessiert seien, ausdrücklich festgestellt worden.

In Florenz gehörte der britische Außenminister Chamberlain zu den besonders bemerkten, wohl auch beifallsstimmigsten Zuschauern einer Parade der Jungfaschisten.

Die Bombe im Salonwagen.

Angedichtet Attentat auf einen indischen Fürsten.

In dem Salonwagen eines Sonderzuges, in dem der Rikim von Heiderabad nach Kalkutta (Südl. Indien) reiste, wurde nach Berichten aus Kalkutta eine Bombe gefunden; sie wurde der Polizei zur Untersuchung übergeben. Der Rikim von Heiderabad ist einer der reichsten „Herrschler“ Indiens mit einem Jahres-einkommen von wenigstens 10 Millionen Mark. Im vorigen Jahre hatte er einen vom Londoner Indienamt ernannten englischen Studienauschuss eine Denkschrift unterbreitet, in der er verlangte, daß Heiderabad als unabhängiger Staat behandelt werde.

Kalina ist jetzt zehn Jahre Präsident der Sowjetrepublik. Die Reichsregierung hat ihn begnadigt lassen.

Eine Junggefallensteuer in der Türkei einzuführen, ist in der Kammer beantragt worden. Junggefallen zwischen 25 und 45 Jahren sollen doppelte Steuern zahlen. Da in der Staatskasse Ebbe ist, die meisten Abgeordneten verheiratet sind, findet dieser Antrag allgemeine Zustimmung. Die Vorstände der türkischen Frauenvereine begrüßen den Vorschlag aufs wärmste.

Die erste Gesetzgebende Versammlung Transjordanien ist zu Amman in Anwesenheit des Emirs Abdullah zusammengetreten; für 8. gewählt.

Flurbereinigung.



„Sehen Sie, Herr Graf, dieser Fleck ist so schön herausgegangen. Könnten Sie es mit den anderen Flecken nicht auch mal versuchen?“

Die zwiespältigen Radikalen.

Scharfe Oppositionsrede Daladiers. — Und Narbonne?

Paris, 2. April. (Eigenbericht.)

Der Führer der radikalen Partei, Daladier, hat am Montag in Bergerac eine große politische Rede gehalten, der angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen besondere Bedeutung zugewiesen ist. Daladier stigmatisierte vor allem die Gefahren der Reaktion, die unter dem jetzigen Kabinett Poincaré bestünde und protestierte gegen die vollständige Untätigkeit der Regierungsmehrheit gegen die drohenden Wirtschaftskrisen. Die Regierung habe bisher nur die eine Sorge gehabt, die Reaktion hinsichtlich der Durchführung der Säen-gesetzgebung zu beruhigen. „Deshalb“, fuhr Daladier fort, „sei jede Zusammenarbeit zwischen der radikalen Partei und den reaktionären Kräften aller Schattierungen unmöglich.“

Unmöglich sei auch der Gedanke einer heiligen Allianz unter dem Vorwand eines Kreuzzuges gegen den Sozialismus, Kommunismus und die Revolution.

Für die Radikalen bestünde die Hauptaufgabe der modernen Politik vor allem in der Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle über die Wirtschaftsorganisationen und Kartelle, deren Gefahren schon Walther Rathenau geschildert habe, weiter in der Steigerung der Produktion, der Reform des Aktienrechts, des Steuersystems und der sozialen Gesetzgebung. Es gelte, einen Zustand des Vertrauens zwischen dem Steuerzahler und dem Fiskus herzustellen, es gelte, massige Erleichterungen durchzuführen, gleichzeitig aber jede Steuerhinterziehung unmöglich zu machen, und es gelte vor allem, die Zinsfähe für langfristige Anleihen zu verbilligen, deren übertriebene Höhe die Wirtschaft lähmt und das Budget mit einem Defizit bedroht. Kurz, es gelte, der von der Regierung Poincaré und ihrer Mehrheit betriebenen Politik der Steuerfaulheit und der sozialen Untätigkeit eine Politik des Fortschritts und der Erneuerung entgegenzusetzen.

Diese Rede des offiziellen Führers der Radikalen Partei ist in der Hauptwoche eine programmatische Kundgebung zu den kommenden Kommunalwahlen. Aber sie bedeutet auch eine indirekte Stellungnahme zu den Vorgängen im Wahlkampf von Narbonne.

Es ist hier bereits berichtet worden, daß der Radikale Bezirksverband des dortigen Wahlkreises beschlossen hat, eine Gegenkandidatur gegen Léon Blum aufzustellen. Das wäre an sich nichts Ungewöhnliches, da gerade Blum stets Wert darauf gelegt hat, den Trennungsstrich zwischen Sozialisten und Radikalen deutlich zu ziehen und dabei in Kritiken und Reden die Radikalen wiederholt recht unkonst behandelt hat. Ob es allerdings in diesem Falle angebracht war, Renouche zu über, wo es sich darum handelt, einem von der Reaktion am meisten gefährdeten Führer die Rückkehr im Parlament zu ermöglichen, ist eine Frage, die die Radikalen mit ihrem Genossen abzumachen haben.

Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß diese Gegenkandidatur gar keine antidemokratische ist, sondern in Wirklichkeit nur eine Sammelkandidatur der vereinigten reaktionären Kräfte gegen den gefürchteten Sozialistenführer. Nicht allein, daß sie von den führenden reaktionären Blättern Südfrankreichs lebhaft gefördert wird, die Partei Marin hat ausdrücklich beschlossen, ihrerseits auf die Aufstellung einer Kandidatur zu verzichten und den radikalen Bewerber mit allen Kräften zu unterstützen, um der „sozialistischen Gefahr“ zu begegnen.

Bisher hat die Parteileitung der Radikalen zu diesen Vorgängen geschwiegen, obwohl sie im „Populaire“ wiederholt zum Sprechen aufgefordert wurde. Der Innenminister der Regierung Poincaré, André Tardieu, glaubte kürzlich in einer der letzten Sitzungen der Kammer vor den Orléanern, einen geschickten Schachzug gegen die vereinigte Opposition der Sozialisten und Radikalen im Parlament auszuführen, indem er in einem Zwischenruf auf das Durcheinander im Wahlkampf von Narbonne hinwies. Er erreichte damit nur, daß der Fraktionsführer der Sozialisten, Genosse Vincent-Auriol, in einer zündenden Erwiderung bemerkte, daß die Rückkehr Léon Blums in das Parlament für dieses eine Ehre sein würde. Bei diesen Worten lachten nicht nur die Sozialisten, sondern auch ein großer Teil der radikalen Abgeordneten Beifall.

Aber zu einem offiziellen Abrücken von ihrem Bezirksverband in Narbonne hat sich die radikale Parteileitung bisher nicht auf-

lassen können. Auch die Wendungen, die Daladier am Montag gegen das Zusammengehen mit irgendwelchen reaktionären Kräften und gegen eine antisozialistische „heilige Allianz“ sind bestenfalls nur eine Anspielung auf Narbonne, aber keine eindeutige Stellungnahme.

Mit welchen Mitteln gegen Blum gearbeitet wird, mag man daraus ersehen, daß in der Versammlung der nationalistischen Marin-Partei, in der für den radikalen Bewerber Stimmung gemacht wurde, mehrere Radner Blum als einen „Fremdling“ bezeichneten, der als „Baffertrinker“ unmöglich Verständnis für die Gefühle und Nöte einer Winzergegend ausbringen könne.

Der bisherige Verlauf des Kampfes berechtigt zu der Hoffnung, daß Léon Blum demnach siegen wird, vielleicht sogar schon im ersten Wahlgang. Sollte es aber umgekehrt kommen, dann würden an einem solchen Ergebnis, das ausschließlich die Reaktion und die Kommunisten mit Freude erfüllen würde, die Radikalen die Hauptrolle und zugleich die Folgen bei den Kommunalwahlen tragen.

Andorra will kein Monako sein.

Gegen Militarismus und Hazardcasino.

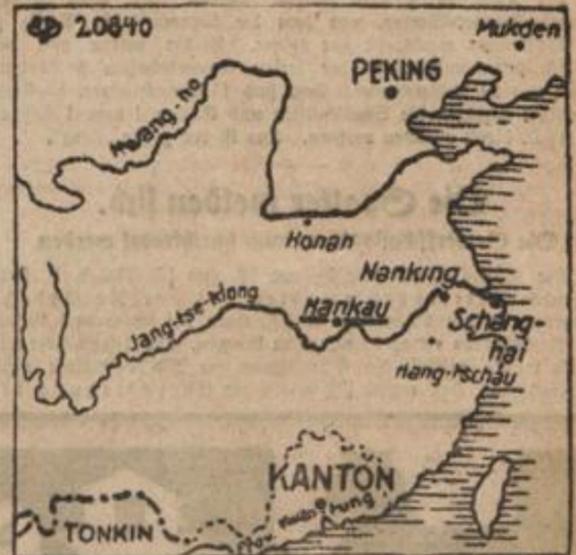
Paris, 2. April. (Eigenbericht.)

Die Pyrenäenrepublik Andorra zwischen Frankreich und Spanien ist in ihrer Freiheit bedroht.

Während außer der Schutzherrschaft eines spanischen Bischofs und des Präsidenten der französischen Republik, die für das Land die Pflicht säkularer Treuepflichtung mit sich bringt, bisher keine fremde Macht die Unabhängigkeit Andorras anerkennen, will der spanische Diktator die Söhne Andorras nunmehr zum Dienst im spanischen Heer zwingen. Außerdem soll die Republik durch ein Finanzngubiot endlich der Zinslast erlöset werden; man plant den Bau eines großen Spielfassins. Natürlich wäre je eine Bahn von Spanien und Frankreich her notwendig, um die gemischten Touristenströme aus aller Welt zum Kasino zu führen. Große Hotels, Golfplätze, Tennisplätze sollen entstehen. Allen diesen Projekten aber stehen die Andorrer mit äußerstem Mißtrauen gegenüber. Sie haben deshalb beschlossen, an den Präsidenten Doumergue einen Protest zu richten.

Das Kampfgebiet in China.

Die Hankinger Presse veröffentlicht ein Telegramm des „Mittelligen“ Generals Jeng an Tschiangkai-shek, in welchem Jeng mitteilt, daß er auf Seiten der Zentralregierung von Hanking



stehe und um Zuteilung eines Frontabschnittes erjudet. Da Jeng rund 100 000 Mann kommandiert, dürfte sein Entschluß, den er nach langem Zögern gefaßt hat, die gegenwärtigen inneren Kämpfe zugunsten der Zentralregierung entscheiden.

Eisenbahner vor dem Kampf.

Reparationslasten als Riegel gegen Lohnaufbesserung.

Die drei vertragschließenden Eisenbahnerorganisationen haben sich am Dienstag eingehend mit der kritischen Lage beschäftigt, die durch die ablehnende Haltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in der Lohnfrage entstanden ist. Einmütig wurde festgestellt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt eine Aufbesserung des Lohneinkommens verlangen. Da die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft jede Lohnaufbesserung ablehnt, muß damit gerechnet werden, daß den Eisenbahnern der Kampf mit den letzten Mitteln nicht erspart bleibt. Alle notwendigen Schritte sollen jetzt eingeleitet werden. Der erste Schritt besteht darin, daß die Eisenbahner mit den Spitzenorganisationen in Verbindung treten. Ueber die weiteren Schritte wird an einem der nächsten Tage beraten werden.

Da wären wir also dank der unverständlichen Haltung der Reichsbahnhauptverwaltung nun glücklich so weit: die Gefahr, daß ein Streik der Eisenbahner ausbricht, ist in bedrohliche Nähe gerückt. Die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft hat trotz rechtzeitiger Warnungen den Lohnkonflikt zu sehr auf die leichte Schulter genommen. Ein Arbeitskampf von riesigem Ausmaß ist unvermeidlich, wenn nicht in letzter Stunde etwas zur Lösung des Konflikts geschieht. Die Eisenbahnerorganisationen haben den Weg zum Schlichter bis jetzt nicht beschritten; ob sie diesen Weg beschreiten, steht dahin. Sie sehen, wenn die Reichsbahngewaltigen unbefehrbare und unverfänglich bleiben,

keinen anderen Weg aus dem Konflikt als den des Kampfes.

Was ein solcher Kampf für die Wirtschaft bedeutet, braucht wirklich nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Wenn die

Eisenbahner zum Kampfmittel des Streiks greifen müssen, dann beleuchtet das blühend die Situation: die Rat dreht den Eisenbahnern auf die Füße. Die Reichsbahnhauptverwaltung ist von allen guten Geistern verlassen, wenn sie mit der seit Jahren bei ihr schon zur Gewohnheit gewordenen Methode, die Reparationsbelastungen als Riegel gegen jede Lohnverbesserung zu benutzen, auch diesmal weiterzukommen glaubt. Alles nützt sich einmal ab, auch der Reparationsriegel der Reichsbahnhauptverwaltung gegen die Lohnverbesserung.

Die Eisenbahner würdigen die zweifelhafte vorhandenen Schwierigkeiten, aber sie sehen nicht ein, daß ihnen

gar keine Lohnverbesserung

zugestanden werden kann. Die Beweise dafür fehlen und die Reichsbahngesellschaft läßt niemand, vor allem nicht die Eisenbahner, in den Topf gucken. Die Eisenbahner können auch nicht den Ausgang der Pariser Verhandlungen abwarten. Wie lange sollen sie warten? Sie haben schon lange genug gewartet.

Oberflächliche Vergleiche der Reparationsgläubiger zwischen dem Lebensstandard der Arbeiter in Frankreich, Belgien oder Italien auf der einen und dem der deutschen Arbeiter auf der anderen Seite machen auf die Eisenbahner erst recht keinen Eindruck. Daß die sozialreaktionären Argumente der Stäubiger gerade bei Leuten, die sonst gegen die „Kriegstribunalkonferenz“ in den schärfsten Tönen loswettern, offene Ohren finden, nimmt weiter nicht wunder. Wenn es gegen den Arbeiter geht, dann verstehen sich Entente und Deutschenreifer sehr schnell.

Die Eisenbahner lassen sich nicht durch den Hinweis auf Paris oder durch ähnliche zweifelhafte Ratsschläge ins Hochhorn jagen. Sie sind entschlossen, sich bei der gegenüber ihrem Wunsch auf Lohnverbesserung bisher völlig taub gebliebenen Reichsbahnhauptverwaltung Gehör zu verschaffen!

Die Löhne der Reichspostarbeiter.

Sie müssen endlich neugeregelt werden.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Reichspostarbeiter werden am 9. April fortgeführt. In einem Teil der Presse werden die Dinge so hingestellt, als ob eine Erhöhung der Löhne bei der Post sofort in den Reichsbetrieben und in der Privatwirtschaft eine neue Lohnwelle hervorrufen müsse. Wozu solche Übertreibungen? Bei den Reichspostarbeitern wie bei den Reichsarbeitern und bei den Eisenbahnern liegen in der Entlohnung unseufzbar scharfe Härten vor. Der Reichspostminister hat sie, soweit die Post in Frage kommt, in keiner Weise in Abrede gestellt. Im Gegenteil: er hat sie selbst hervorgehoben. Die Beseitigung dieser Härten bedeutet noch lange keine „Entfestigung einer allgemeinen Lohnwelle“ und noch lange keinen „finanziellen Ruin“. Die Lohnfrage der erwähnten Arbeitergruppen ist eine sehr ernste Angelegenheit. Nur mit klüger Sachlichkeit kann ihr gedient werden, nicht aber mit Schredgelpensern.

Papier ist geduldig.

Wie die Siege der „Opposition“ in Wirklichkeit aussehen.

In der kommunistischen Presse erschienen vor kurzem allerhand Redaktionen über „Siege“, die die KPD im Buppertal davongetragen haben will. Wie steht es in Wirklichkeit mit dem Einfluß der KPD im Buppertal?

In der kommunistischen Hochburg Barmen geht die Stimmenzahl der „Opposition“ zurück, die der Amsterdamer marschiert. In Barmen und Elberfeld wurden die Kommunisten in diesem Jahr aus ihren letzten Gewerkschaftspositionen glatt herausgewählt. Die großen Gewerkschaften Metall- und Legierarbeiterverband, Bergbau-, Staats- und Gemeindefacharbeiter- und Holzarbeiterverband, sind jetzt fast in Händen der „Reformisten“, und im Bauarbeiterverband, den die KPD seit sieben Jahren beherrschte, wurden dieses Jahr die Mostkämmer mit 236 gegen 104 Stimmen hinausgewählt. Bei den kleineren Gewerkschaften gelang es der KPD, nur bei dem Zimmererverband, im Vorstand ihre Mehrheit zu halten. Und das in einem Bezirk, wo die braunen Sozialisten herrschen, wo es bisher weder eine Rechts- noch eine Linksopposition gab.

In den Betrieben war bisher der Einfluß der KPD wesentlich stärker als der der Amsterdamer. Mit der Betriebszeitung „Rote Buppertaler Fäden“ beherrschten die Kommunisten gerade die großen Betriebe. Nun trat auch hier dank der größeren Aktivität der Amsterdamer eine Wendung ein. Bei der Wahl des Betriebsrates in der größten Barmen Firma (Bemberg) siegten zum ersten Male seit sechs Jahren wieder die Amsterdamer mit rund 1700 gegen 600 Stimmen der KPD-Opposition.

Die KPD muß eben „Siege“ melden. Der Sieg in den Siemens-Werke-Barmen, von dem die kommunistische Presse so viel Aufhebens macht, ist gar keiner. Bisher waren von den 18 Arbeiterratmitgliedern der freien Gewerkschaften 8 Kommunisten und 10 Amsterdamer. Jetzt sind 15 Amsterdamer, 13 Kommunisten, wogegen die Syndikalistin und Selbst 4 bzw. 1 Sitze an die KPD direkt abtraten mußten. Das ist der große „Sieg“.

Die Spalter melden sich.

Die Gewerkschaftsaktion muß durchkreuzt werden.

Die KPD-Zentrale hält die am 12. und 13. Mai d. J. stattfindenden Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn für einen besonders günstigen Anlaß, ihren tief im Sumpf stehenden Parteikarren etwas vorwärts zu bringen. Die Eisenbahner sind jedoch nicht gewillt, die Einmischung der KPD-Zentrale ruhig hinzunehmen. Das ergibt sich aus einer Entschließung des

Hauptretratsausschusses des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, der in Berlin tagte und sich aus aktiven Betriebs- und Beamtenräten aus dem ganzen Reich zusammensetzt. Er hat zu den Aufweisungen der Kommunistenzentrale vom 8. März 1929, die Betriebsräte bei der Reichsbahn betreffend, wie folgt Stellung genommen:

„Die wirtschaftliche Entwicklung und Deutschlands Lage in der Weltwirtschaft im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem verlangen die größte Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft. In dieser Situation, in der das Interesse der Massen des arbeitenden Volkes eine Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse erfordert, hat die Zentrale der Kommunistischen Partei Beschlüsse gefaßt, die zu einer Spaltung der Gewerkschaften, mindestens aber zu einer neuen Zersplitterung der Arbeiterschaft führen müssen. Die Zentrale der KPD, hat auf Grund von Beschlüssen der Roten Gewerkschaftsinternationale in Rostau Anweisung erteilt, für die Betriebsrätewahlen bei der deutschen Reichsbahn Sonderlisten mit Hilfe der Unorganisierten aufzustellen. Dieses Vorgehen ist nur von kommunistischem Parteinteresse diktiert und muß zu einer Schädigung der Interessen der Eisenbahner und der Gesamtarbeiterschaft führen. Die Stellung der im Einheitsverband organisierter Eisenbahner gegenüber den Bestrebungen der KPD-Zentrale kann nur in einer einmütigen Abwehr der kommunistischen Bestrebungen bestehen. Die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner sind nicht gewillt, kommunistischen Parteiparolen zu folgen. Sie werden diesem Treiben mit aller Energie entgegenzutreten.“

Der Hauptausschuß verurteilt jede Handlung, die zu einer Schwächung der Einheitskraft des Einheitsverbandes der Eisenbahner führt, als ein Verbrechen an der Gesamtarbeiterschaft. Der Ausschuss erwartet, daß alle Verbandsmitglieder unbedingt die Aufweisungen des Verbandsvorstandes befolgen und alles daran setzen, um den berufsmäßigen Zersplitterern und Querulanten das Handwerk zu legen. Der Kampf gegen ein profitierendes Unternehmertum und gegen die hartnäckige Haltung der Reichsbahngesellschaft in der gegenwärtigen Lohnbewegung erfordert die Einigkeit aller gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner und die Stärkung des Einheitsverbandes.“

Betriebs- und Angestelltenräte-Konferenz im ZbA.

Kürzlich fand eine von Betriebs- und Angestelltenratsmitgliedern aller Fachgruppen ausgedehnte Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt. Der Zweck dieser Veranstaltung war, die Betriebsratsmitglieder über ihre wirtschaftspolitischen Rechte und Pflichten aufzuklären. Vom Standpunkt des praktisch tätigen Betriebsrates erörterte Heinrich Lotterer das Thema. Seine Ausführungen wurden ergänzt von dem Sekretär des ZbA-Bundesvorstandes Dr. Krenzlin. Es wurde dargelegt, wie durch tatvolles und dennoch energisches Auftreten auch in wirtschaftspolitischer Beziehung wertvolle Arbeit von den Betriebsräten geleistet werden kann. Die Wichtigkeit des Einblicks in die Geschäftsvorgänge der Großbetriebe, insbesondere der Aktien-gesellschaften, wurde dargelegt.

In einem zweiten Tagesordnungspunkt wurde noch einmal nach kurzer Aussprache einstimmig festgestellt, daß es für ZbA-Mitglieder nur freigewerkschaftliche Betriebs- und Angestelltenratsmitglieder geben kann. Jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Verbänden und Unorganisierten wird abgelehnt. Das Aufstellen parteipolitischer Listen wird als verbandsschädigende Handlung angesehen.

Reichswehr kommandiert Achtsundentag.

Lohnausgleich, Organisationen dorfsie unbekannt.

Das Reichswehrministerium hat, wie Mitteilungen aus seinen Betrieben an die Organisationen ergeben, durch eine Ver-längerung der Arbeitszeit überaus willfürlich von 34 auf 48 Stunden pro Woche herabgesetzt. Die Arbeitszeitverkürzung an sich wird selbstverständlich von den Gewerkschaften begrüßt, nicht aber

die Art, in der sie vom Reichswehrministerium vorgenommen wurde. Die Arbeitszeitverkürzung, wie sie das Reichswehrministerium vornimmt, läuft nämlich praktisch auf einen Ausfall an Lohn von sechs Stunden pro Woche hinaus. Das trifft den Arbeiter um so härter, als die Löhne in den Reichswehrbetrieben ohnedies bereits längst nicht mehr ausreichen, um auch nur die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Es wäre selbstverständliche Pflicht des Ministeriums gewesen, mit den Organisationen ein Abkommen darüber zu treffen, inwieweit bei der Herabsetzung der Arbeitszeit ein Lohnausgleich gewährt wird. Bei der Marinewerke ist so verfahren worden, und selbst bei den größten Schanzmachern der Privatindustrie ist das eigentlich immer eine Selbstverständlichkeit gewesen.

Es ist, wie das Vorgehen des Reichswehrministeriums deutlich zeigt, allmählich allerhöchste Zeit geworden, daß das Reichsfinanzministerium die längst wieder fällig gewordenen Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter endlich fortführt.

Tarif in der Zementindustrie.

Arbeitszeit und Urlaub.

In der Zementindustrie Rheinland-Westfalens ist es gelungen, nachdem eine zentrale Regelung der Manteltarifbestimmungen und insbesondere der Arbeitszeit, von den Zementbaronen abgelehnt worden war, in den Verhandlungen der Parteien und vor dem Schlichter eine Arbeitszeitregelung gemäß § 7 der Arbeitszeitverordnung im Vertrag zu vereinbaren. Die tägliche Arbeitszeit darf auf Anordnung der Betriebsleitung um eine halbe Stunde verlängert werden. Eine weitere Verlängerung um eine halbe Stunde ist nur möglich bei Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Auch für die Zahlung der Ueberarbeitsstunden Verbesserungen erzielt. Die Ueberstundenarbeit muß mit 25 Proz. bezahlt werden, jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen mit 50 Proz. und an ortsüblichen Feiertagen mit 25 Proz. Auf diese Zuschläge haben jetzt auch die Akkordarbeiter Anspruch. Urlaub steht nunmehr allen Arbeitern zu.

Wenn die erzielten Verbesserungen auch nicht voll befriedigen, so ist doch der nach schwierigen Verhandlungen in freier Vereinbarung erzielte Abschluß immerhin ein Zeichen, daß die Bäume der Zementbarone nicht in den Himmel wachsen, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist.

Schiedsprüche im ober-schlesischen Bergbau.

Die beiden Schiedsprüche vom 21. und 22. März über die Arbeitszeit und den Manteltarif im ober-schlesischen Kohlen- und Erzbergbau sind sowohl von den Unternehmern wie von den Arbeitern angenommen worden. Danach tritt für die Arbeitszeit über Tage allgemein eine Verkürzung um eine halbe Stunde ein, während die Arbeitszeit unter Tage weiter wie bisher acht Stunden beträgt.

Die Lohnerhöhung der mitteldeutschen Straßenbahner beträgt für Magdeburg, Braunschweig, Gera, Jena, Stahfurt und Dessau 5 Pfennig, für Kassel und Gera 6 Pfennig, für Plauen 7 Pfennig die Stunde.

In Graz hat die Vermittlung des Landeshauptmanns jetzt zu einer Verständigung geführt, so daß von einer Betriebsversammlung die Wiederannahme der Arbeit mit allen gegen drei kommunistische Stimmen beschlossen wurde. Die Arbeit wird demnach am Mittwoch wieder aufgenommen. In der Waggonfabrik in Andritz, einem Vorort von Graz, die an dem Konflikt auch beteiligt war, wurde ebenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Abend, 8. April, 19.30 Uhr, bei
Autobahn, 1. Abzweig, Freilicht-Berlin, 1. (Kriegsheim), Sonntag, 10. April, 19.30 Uhr, bei
Autobahn, 1. Abzweig, Freilicht-Berlin, 1. (Kriegsheim), Sonntag, 10. April, 19.30 Uhr, bei

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
 Berlin, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundheitsbewegung: Jugendheim Schöneberg, 1. (Kriegsheim), Sonntag, 10. April, 19.30 Uhr, bei**
 und die **literarische Jugendbewegung: Referent: Helmut Mann - Offen: Jugendheim, Schöneberg, Str. 18, Gruppenbesprechung - Straßburg: Jugendheim der Schule Gölitz, 61, Gruppenbesprechung - **Reinhold: Jugendheim, Schöneberg, Str. 1-4, Besuch der Betriebsraterversammlung - **Schöneberg: Jugendheim, Schöneberg, Str. 18, Gruppenbesprechung - **Spandau: Jugendheim, Einbecker 1, Heimabend - **Wilmersdorf: Jugendheim, Schöneberg, Schöneberg, Str. 18, Gruppenbesprechung.**********

Freude an der Wäsche!
 Wenn Sie mit **Dr. Thompsons Seifenpulver** einweichen und mit **Ozonil** kochen





Die Flucht der 391000.

Berliner Osterfernverkehr etwas stärker als 1928.

Der diesjährige Berliner Osterfernverkehr war an den Hauptverkehrstagen vom 27. bis 30. März etwas stärker als zu Ostern 1928. Die Anzahl der verkauften Fahrkarten einschließlich des Durchgangsverkehrs betrug 341 000. Dazu kommen noch für den ersten und zweiten Feiertag Schätzungsweise etwa 50 000 Fahrkarten, so daß im ganzen während der Zeit vom 27. März (Mittwoch) bis 1. April (2. Ostertag) 391 000 Personen aus Berlin in die Freiheit der Berge und Wälder geschickt waren. Angesichts des unfreundlichen Wetters ist dies Ergebnis des Osterverkehrs als recht günstig zu bezeichnen, und wenn man bedenkt, was ihm an Unfreundlichkeiten des Wetters bevorstand, wäre er sicher zu Hause geblieben. In einzelnen Jahren an den Hauptreisetagen (27. bis 30. März) von den Berliner Bahnhöfen ab: Anhalter Bahnhof 70 000, Steettiner Bahnhof 85 000, Lehrter Bahnhof 21 000, Potsdamer Bahnhof 36 000, Görlitzer Bahnhof 28 000, Scharnhöfer Platz 12 000, Richtung Osten und Schlesien 68 000, Richtung Westen 32 000. Zur Entlastung wurden im ganzen 167 Vor- und Nachzüge eingesetzt. Alle Züge, einschließlich der sieben Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen, waren gute, meist sogar hundertprozentige Besetzung auf.

Der Verkehr auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen erreichte infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse nur etwa den Umfang eines mittelmäßigen Sonntagverkehrs. Die Zahl der beförderten Personen blieb an allen Ostertagen erheblich hinter der des Vorjahres zurück. Es wurden am Karfreitag 1,1 Millionen, am ersten Ostertag 1,2 Millionen und am zweiten Ostertag 1,25 Millionen Personen befördert.

Der Osterverkehr im Reich.

Das trübe und kalte Osterwetter hat den diesjährigen Osterverkehr im Reich nachteilig beeinflusst. Er ist z. B. in Bayern um 15 Proz. geringer geblieben als im Vorjahre. Vom Gründonnerstag bis einschließlich Ostermontag wurden von den Münchener Bahnhöfen 594 000 Personen befördert gegen 703 000 im Vorjahr. An den vier Tagen wurden ins-

gesamt 300 Sonder- und Bedarfszüge gefahren gegen 365 im Vorjahre. Auch der Hamburger Osterverkehr erreichte nicht den Umfang der Vorjahre. Lediglich für den Verkehr nach den in der Nähe der Stadt gelegenen Ausflugszielen mußten besondere Vorkehrungen getroffen werden. Am Abend des Ostersonnabends, des Sonntag und des Montag war in den Hamburger Veranlagungsstätten und auch in den größten Restaurants kein Platz zu finden. In St. Pauli herrschte Massenbetrieb. Man stand vor den Lokalen und Kinos „Schlange“, um von den Portiers abgelehnt, nach Maßgabe der hin und wieder freierwerdenden Plätze eingelassen zu werden. Viele Lokale hatten überhaupt wegen Ueberfüllung geschlossen.

Am Riesengebirge lehte der Osterverkehr bereits mit dem Beginn der Osterferien ein; da auch am Donnerstag und Karfreitag der Zustrom der Ostergäste noch anhält, waren die Kurorte und Winterportplätze, besonders jedoch die Bauden auf dem Kamme, stark besetzt. Die Sonderzüge nach dem Riesengebirge waren bis auf den letzten Platz besetzt. Zum großen Teil wollten die Feriengäste noch einmal den Winterport huldigen. Trotz des Frühlingssonnenscheins war in den höheren Lagen, und auf dem Kamme noch reichlich Schnee vorhanden. Der am Sonnabend erst schwach und dann immer stärker niedergebende Regen beeinträchtigte jedoch den Wintersport. Am Montag veränderte sich der Regen in Schnee, und die Temperatur sank am Tage bis auf den Nullpunkt.

Paris, 2. April (Eigenbericht).

Die Osterfeiertage haben eine traurige Bilanz hinterlassen: Nicht weniger als 23 Tote und 75 Verletzte sind in Frankreich allein am Ostermontag als Opfer von Autounfällen zu verzeichnen. Aus allen Teilen des Landes laufen außerdem noch neue Meldungen von Zusammenstößen und anderen Katastrophen ein, die zum großen Teil auf die Autofahrt zurückzuführen sein sollen. Dabei bietet es einen geringen Trost, daß die Zahl der Opfer im vorigen Jahr noch erheblich größer war.

Tragödie einer Nervenkranken.

Erschießt ihr Kind und dann sich selbst.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich gestern Abend in der Wohnung des praktischen Arztes Dr. Artur Markus in der Weberstraße ab. Die 30jährige Frau des Arztes, die von ihrem Mann geschieden ist, versuchte, ihr 5jähriges Töchterchen zu erschießen und brachte sich unmittelbar darauf selbst einen Kopfschuß bei.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich die Tragödie, die in allen Einzelheiten noch nicht geklärt ist, folgendermaßen zugezogen: Dr. M. hat in der Weberstraße eine gut gehende Praxis und ist bei seinen Patienten wegen seiner Tüchtigkeit und seiner Menschenfreundlichkeit allgemein beliebt. Der Arzt war verheiratet, die Ehe wurde jedoch vor einiger Zeit geschieden. Das jetzt fünfjährige Töchterchen, das der Ehe entsprossen war, wurde dem Vater zugesprochen. Der Mutter wurde das Recht zugebilligt, ihr Kind alle Wochen zweimal zu besuchen, womit sich Dr. M. auch einverstanden erklärt hatte. Wiederholt machte Frau M. mit ihrem Kinde an diesen Tagen kleine Spaziergänge, so auch gestern nachmittag wieder. Sie holte die Kleine ab und erschien nach einer Stunde wieder in der Wohnung ihres geschiedenen Mannes, der während der Sprechstunde in seinem Arbeitszimmer weilte. Plötzlich trachten mehrere Schüsse M., der, nichts Gutes ahnend, aus seinem Zimmer stürzte und ins Schlafzimmer eilte, fand dort seine frühere Frau und sein Kind mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos auf. Auf dem Fußboden lag eine Revolverpatrone, aus der Frau M. zuerst auf ihr Kind und dann auf sich selbst geschossen hatte.

Die Schwerverletzten, Mutter und Kind, wurden durch Bogen des Städtischen Rettungsdienstes in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Verletzungen sind so gefährlicher Natur, daß an dem Auskommen der Verletzten gezweifelt wird. Frau M. wird als hochgradig nervös geschildert, und es hat den Anschein, als ob sie schon mit dem Voratz, in den Tod zu gehen und das Kind mitzunehmen, in der Wohnung ihres früheren Mannes erschienen ist.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, ist Frau Dr. M. kurz nach der Operation, die sofort nach ihrer Einlieferung vorgenommen werden mußte, gestorben.

Christian Stolberg geisteskrank?

Hirschberg, 2. April. (Eigenbericht.)

Die Berliner Kriminalpolizei hat entgegen ihren anfänglichen Absichten den Grafen Christian Stolberg am Dienstag nicht vernommen. Sie unterzog lediglich den Verwaltungsdirektor des Gutes Jannowitz, Gompert, einem Verhör. Gompert soll Mitwisser der Mordtat sein, so daß gegen ihn ein Verfahren wegen Begünstigung eingeleitet werden dürfte. Der vorgegebene Lokaltermin wird am Mittwoch in Gegenwart des verhafteten Grafen stattfinden. Von seinem Ergebnis hängt es ab, ob gegen den Grafen Anklage wegen fahrlässiger Tötung wegen Mordes oder Totschlags erhoben werden wird. Die Kriminalpolizei erwägt augenblicklich den Plan, bei dem Untersuchungsrichter Anklage auf Unterbrechung des Geschäftszustandes des Grafen Christian zu stellen.

Der bisher in dieser Angelegenheit tätige Oberstaatsanwalt Dr. Engel tritt am 3. April seinen Urlaub an. Seine Vertretung hat Staatsanwalt Felsch übernommen.

Zu der Liebestragödie, die sich am vergangenen Mittwoch in der Stolper Heide abspielte, erfahren wir, daß die 20 Jahre alte Arbeiterin Ella Ulich aus der Adlerstraße 66a, die durch Rückenbeschwerden schwer verletzt war, jetzt im Krankenhaus gestorben ist. Der Schütze, der 26 Jahre alte Arbeiter Josef Sterleczny, der sich selbst zwei Kugeln in den Kopf gejagt hatte, ist soweit hergestellt, daß er als Polizeigefangener nach dem Staatskrankenhaus gebracht werden konnte.

Englische Detektive in Hamburg.

Um die Aufklärung der Brandursache der „Europa“.

Hamburg, 2. April.

Noch immer ist man auf der „Europa“ emsig mit dem Auspumpen des Bismarschwassers beschäftigt. Da diese Arbeit wegen der großen Vorsicht, mit welcher sie durchgeführt werden muß, noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, ist inzwischen mit den Aufräumungsarbeiten bereits begonnen worden. Die Agenten der verschiedensten Versicherungsgesellschaften nehmen unter Führung von Vertretern der Bauwerk und der Reederei weiterhin Besichtigungen des beschädigten Schiffes vor. Nach Beendigung der Pump- und Aufräumungsarbeiten wird die „Europa“ zunächst ins Dock gebracht werden. Die Wachmannschaften auf der „Europa“ sowie anderen auf der Werft im Bau befindlichen Schiffen sind als Folge der Brandkatastrophe bedeutend verstärkt worden. Wie die W. erfährt, bestätigt sich die Meldung der englischen Blätter, daß englische Detektive zur Aufklärung des „Europa“-Brandes in Hamburg weilen. Auch die anderen ausländischen Versicherungsgesellschaften sollen eigene Detektive entsandt haben, so u. a. eine holländische Gesellschaft.

Zwei Bauhandwerker verschüttet.

Auf einem Neubau am Hohenzollerndamm 156 ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unfall. In einer tiefen Baugrube waren dort der 43jährige Kohlteiler Gustav Balentin aus der Pantstraße 3 in Buchholz und sein Helfer, der 24jährige Otto Rudot aus der Siegfriedstraße 10 in Pöhlberg, mit Kohrlegungsarbeiten beschäftigt. Plötzlich gerieten größere

Sandmengen ins Rutschen und begruben beide Handwerker unter sich. Die Feuerwehrt mußte alarmiert werden und nach einiger Zeit konnten die Verunglückten, die erhebliche Verletzungen erlitten hatten, geborgen werden; sie fanden im Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achsenbachstraße Aufnahme.

Der Malermeister als Millionenbetrüger

Ein Riesenprozeß in Aussicht.

Halle, 2. April.

Nach mehr als 1 1/2 Jahr Dauer ist jetzt die Voruntersuchung in dem Strafverfahren wegen der Millionenbetrügereien, durch die die Leuna-Werke geschädigt worden sind, abgeschlossen worden. Es handelt sich dabei bekanntlich um Durchschereien größerer Stills, die von dem Malermeister Schönfeld mit Hilfe von Angestellten der Leuna-Werke bei der Durchführung von Bauaufträgen verübt worden sind. Da der im Laufe des Sommers zu erwartende Prozeß Ausdehnungen wie etwa im Barmat-Prozeß anzunehmen drohte, hat der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Jacoby, nunmehr das Verfahren gegen eine Reihe von Angestellten der Leuna-Werke, die wegen der Annahme von Schmiergeldern sich der passiven Bestechung schuldig gemacht haben, abgetrennt, so daß sich diese Angeklagten vorantworten haben werden. Gegen die Hauptangeklagten, hauptsächlich gegen den Malermeister Schönfeld, der sich auf diese Weise außerordentlich bereichert hat, ist Anklage wegen Betruges und verjährteten Betruges zu erwarten. Trotz der Abtrennung des Verfahrens gegen einen Teil der Beschuldigten wird der Prozeß gegen die Hauptangeklagten geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Der Aufruhr der schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostak

Nur einen Weg. Den Weg zu ihr — über sie. Ob er ihn heute finden würde...? Ob sie ihm öffnen würde? Sie hatte sich den Schlüssel zurückgeben lassen, damals, nach jener Stunde in Dessau.

Der Brunnen war eingefroren. Mit Balken stieß man hinein, legte in zwischen eine zweite Schlauchleitung zur Saale hinunter, die Eis trieb. Als droben die Balken nichts halfen, warf man brennendes Reisig in den Brunnen. Mitten in ihr Sehen und wildes Sinnen fiel ihr der Gedanke, daß niemand da unten an sie dachte, die doch auch in Gefahr war. Sie war vergessen. Das schmeckte selbst jetzt bitter.

Sie blickte zum Schwibbogen. Obgleich der Wind das Feuer in die entgegengesetzte Richtung trieb, begannen auch hier die Balken zu tohlen. Auch hier hatte Reisig gelegen. Aber noch war der Bogen passierbar.

Alle Fensterhöhlen des großen Gebäudes tastete ihr Blick ab. Nirgends ein bleichverzerrtes Gesicht mit verkohlten Haaren, irren Augen. Nirgends er. Sie ging zum letzten Zimmer. Im Türrahmen blieb sie stehen, wild atmend, lausend, aufbeugend:

Es hämmerte jemand an der Mauer gegenüber... schnell, immer schneller... Es klang ganz leise, es war ja dieses Mauerwerk zwischen den Eisen der geheimen Tür — aber seine Häufte mußten schon blutig sein vom wilden Hämmern...

Ein toller, junger Traum überkam sie. Sie würde ihn einlassen. Er würde hereinstürzen... sie packen mit den blutenden Fäusten... sie würde ihn ins Gesicht fassen, ins verzerrte Gesicht, in die verkohlten Haare... nehmen würde er sie, geben würde sie sich ihm, indes draußen die Flammen prasselten, das Volk lärmte, die Jahre des Verrats in den Älten verbrannten... Minister und Herzogin, Bläsungser und Ritter vom Puhl... Sie zog die Tür zum anderen Zimmer zu, nahm den Schlüssel zur Mauerpforte aus der

Kassette, schritt bis zur Mitte des Raumes — — jäh blieb sie stehen: unten rief eine schrille Stimme: „Die Herzogin! Um Gottes Willen, die Herzogin!“

Und Männerstimmen: „Rettet die alte Herzogin!“ Ihr Atem gab einen wehen Laut. „Die alte Herzogin...“ Sie hielt sich mühsam an ihrem Stod. Der Traum zerbarst. Unregelmäßiger, gehetzter wurde das Trommeln der Häufte hinter der Mauer...

Sie hörte viele Füße die Treppe hinauffürmen, Schreie: „Wo ist die Herzogin? Durchlaucht — Durchlaucht...!“ Von drunten rief die tiefe, jähliche Stimme des Schlossgeistlichen: „Rettet Durchlaucht! Es ist Menschenpflicht!“

Menschenpflicht... Sie sagte sich das Wort vor, das ihr albern erschienen hatte von jeher, folgte ihm, ging zur Mauer, schob den Wandteppich zurück. Die Häufte drin stießen jetzt in einzelnen, schweren, mühsamen Stößen. Sie suchte das Schloß —

Die Tür zum Nebenzimmer wurde aufgerissen. Drei, vier Augenpaare suchten nach ihr im oft vom Flammenschein zerfetzten Dunkel. „Durchlaucht...“

Jäh war sie wieder Fürstin. Nicht bloßstellen jetzt... nicht kompromittieren... sie ließ den Teppich fallen.

Jemand nahm sie auf ungeschickte Arme und trug sie hinaus. Noch in der Tür lauschte sie ängstlich: das Hämmern war verklungen. Gottseidank: niemand sonst hatte es gehört...

Drunten im Hof, eingeklemmt in eine Menschenmasse, stand die Pumpe der Feuerwehrt. Je zehn Männer an beiden Seiten, die Hände am Holz. Noch immer kein Wasser... Schutzeleute drängten die Menge zurück. Ziegel knallten vom Dach auf die Erde; ab und zu, wenn der Wind die Flammemauer zerstückelte, sah man das kohlige Skelett des Dachstuhls.

Von der Saale her ein Signalfiff, weitergegeben bis hinauf in den Hof. Die Männer an der Pumpe drückten das Holz nieder — auf — nieder... die flachen, hellen Schläuche am Boden wurden rund, dunkel, aus den Metallhäufen der Schlauchenden hieben silberne Säbel ins Feuer —: Wasser! Laute Kommandos:

Alle Strahlen stachen in die Flammen vor dem großen Portal, schlugen sie zischend zu Boden, vier Feuerwehrlente flommen, vom Wasser geschützt, über die Balken nach innen. Das Summen in der Menge starb. Nur die Pumpe ächzte. Einmal kurzer Donner: der Schwibbogen war eingestürzt.

Nach einer Minute taumelten schwarze Gestalten aus dem Portal: zwei — drei — vier — — mo war der fünfte,

um deffentwillen sie hineingedrungen waren? Wo war der Kreisdirektor? Sie gaben erschöpft Auskunft: das Treppenhause war eingestürzt...

Jemand wies auf die Trümmer des Schwibbogens, einige taften hin, rissen die Balken mit Eisenstangen auseinander. Nichts von einem Menschen. Nichts von Trojeß.

Also war er zurückgekauert ins Haus... Friederike dachte es merkwürdig ruhig. Sie war durch den Hof geleitet worden, stand auf dem geschützten Altan. Der Kammerherr von Kugelgen hatte sie stützen wollen, sie hatte abgelehnt: ihr Stod genügte ihr. Einer stellte einen Stuhl hinter sie. Sie blieb stehen. Sah, wie jetzt die Wasserstrahlen sich rings um das Haus verteilten. Sah sie kleine, dunkle Löcher in die Feuermauer schlagen und dahinter verprühen, ohne Wirkung. Sah eine Eskorte Halberstädter Kürassiere anrücken, die zum Empfang der Dessauer herangeholt worden waren — Kürassiere der gleichen Truppe, die Trojeß Anno 49 hatte holen lassen... Heute fanden sie nichts zu tun: sie standen und sahen zu, in ihren Panzern zitterte der glühende Widerschein der Flammen, sie waren wie aus Gold.

Ein Ausschrei der Masse, ein Deuten von tausend Fingern rief ihren Blick nach oben. Die Flammen waren umgebogen von einem langen, heulenden Windstoß, gaben den Blick auf den Dachstuhl frei. Mitten im Balkenskelett, auf einem breiteren, schon glühenden Brettergang rannte Trojeß hin und her, zwei-, dreimal hin und her, taumelnd und doch rajend, die Schöße seines Rodes brannten, man sah ihn danach schlagen, sie erloschen nicht... Das bereit gehaltene Sprungtuch wurde unten gebreitet, man schrie zu ihm hinauf. Trojeß sah es nicht, hörte es nicht.

Friederike richtete sich hoch auf, rief, schrie, ihre scharfe Stimme überschritt alles: „Trojeß!“

Der Mann oben blieb stehen, sah hinab — der Stod der Herzogin wies auf's Sprungtuch —

Da zerbrach jäh der Wind, die Flammen brausten zusammen, donnernd barst der Dachstuhl, schlug dumpf im Gemäuer nieder, Qualm ballte sich auf, dann wieder Flammen — Flammen —

Friederikes Stod suchte wieder die Erde. Die Wasserstrahlen ließen das Feuer los, müde und hoffnungslos rieselten die Tropfen eine Minute lang rund auf den Boden, zerplatzten dann an der Mauer des Turmhochhauses, das in Gefahr war, schon schmolte. Das Sprungtuch wurde zusammengefallen. Die Menge schwieg. Es galt zu retten, was noch zu retten war. Vom Renaissancefügel war nichts mehr zu retten. — Nichts. (Fortsetzung folgt.)

Fedor Gladkow: Genossin Olga

Der Gefängnishof war groß, düster, von hohen kalten Mauern umringt. Ein Holzzaun teilte den Hof in zwei Teile. Der Zaun war morsch und halbverfault und durch die Ritzen sah man den Hof des Frauengefängnisses.

Die Arrestanten gingen im Hof des Gefängnisses spazieren. Der Gefängniswächter stand in der Mitte des Hofes und schaute finstler drein.

Der Arrestant Prachow marschierte ganz in Gedanken versunken und ein anderer Arrestant, der hinter ihm ging, summte ein Liedchen und lachte und schaute dabei fest den Wächter an.

Der Wächter nickte ab und zu seine Ruhe und rief dann dem singenden Arrestanten zu:

„Schweig, Kerl!“

Aber der Arrestant lachte vor sich hin, schritt weiter und seine Stimme klang noch wie vor lustig.

Prachow ging neben dem Zaun und schaute durch die Ritzen neugierig in den Hof des Gefängnisses. Auch dort sah man Frauen in Arrestantenkleidung auf und ab schreiten. Unwillkürlich blieb er stehen und rief lautlos:

„Genossinnen!“

Und eine ganze Frauenstimme erwiderte leise: „Genosse, bleiben Sie einen Moment stehen!“

Ein blaßes, schwächliches Gesichtchen, mit dunklen Augen schaute durch die Ritze Prachow an, die Augen waren weit geöffnet, der Blick war kühl.

Die Stimme kam Prachow bekannt vor, er schaute das Mädchen noch einmal an und rief unwillkürlich:

„Olga! Olga, bist du es?“

Sie veränderte ihren Gesichtsausdruck nicht, es schien fast, daß ihr diese Begegnung gar keine Freude machte, als ob sie und Prachow gestern auseinander gegangen wären.

„Guten Tag! Ich wußte, daß du hier bist. Machte nochmals deine Runde, dann werden wir uns wieder gegenüberstehen, was wieder begegnen. Ich muß dir etwas Wichtiges sagen!“ Dann verschwand sie und man hörte hinter dem Zaun Frauenstimmen:

„Genosse, komm doch näher! Männer, kommt näher, damit wir wissen, daß Männer da sind!“

Aber gleich darauf hörte man ein Schimpfwort der Wächterin, die die Arrestantinnen zur Ruhe rief.

Der Arrestant, der das Liedchen gesungen hatte, schaute gierig durch die Ritzen des Zaunes, dann sprach er über die Ziele der Revolution, über den Klassenkampf und Prachow dachte einzig und allein an Olga. Warum ließ sie nichts mehr von sich hören? Beschloß blieb sie länger in Freiheit als er? Und jetzt ist sie hier. Folgsam ist die Organisation verhaftet. Wenn sie aber hinter den Mauern des Gefängnisses ist, dann taucht die Frage auf:

Wer war der Verräter unter uns? Wer?

Er machte eine Runde und wieder sah er Olga. Ich habe — dachte Prachow — in ihrem feinen Gesichtchen heute in diesem düsteren Gefängnis den denselben leidenden Ausdruck gesehen wie damals, als die geheimen Agenten der Polizei mir auf die Spur kamen und mich wie ein gekehrtes Bild verfolgten. Ich traf Olga zufällig auf der Straße. Wir gingen wie Fremde aneinander vorbei und sie rief mir ruhig lässig zu:

„Verteid dich in der Fingerei! Dort ist ein ausgebrannter Ofen. Und in der Nacht komme ich zu dir!“

Aber in dieser Nacht wurde ich verhaftet. Und heute schauen mich diese Augen im fremden Sibirien an, und ihre Stimme rief mir zu:

„Liebster, unsere Organisation ist vernichtet. Alles sieht hinter den grauen Wauern. Zweifelslos ist ein Propagandist im Spiel. Nur das Ehepaar Selger befindet sich in Freiheit. Das ist doch sonderbar!“

„Olga, wirst du auch nach Sibirien verbannt?“

Sie lächelte, wie ein Kind und dieses Lächeln kam so unerwartet, daß ich ganz verblüfft da stand. Sonderbares Mädchen. Sie hat sich gar nicht verändert und ist trotz der Gefängniszelle die alte geblieben.

Da ertönte die Stimme der Wächterin:

„March, in die Zellen!“

Der lustige Arrestant klopfte Prachow auf die Schulter und rief: „Tschüß, Weiber! Wenn man diese Frauen nur mit dem Finger berühren könnte!“

Der Schnee knarrte unter den Füßen der marschierenden Arrestanten. Prachow schaute den blauen Himmel an, dann die grauen Wände und dachte:

Das ist unsere Welt, die uns täglich für eine halbe Stunde erreichbar ist. Das ist der Abschnitt der Erde, der unseren Gesichtspunkt erweitert und hier auf diesem düsteren Hofe schenken unsere Herzen nach Freiheit!

Er marschierte weiter und murmelte vor sich hin:

„Olga ist für mich unerreichbar! Sie ist neben mir, hinter dem Holzzaun, aber sie erscheint mir wie eine gespenstliche Gestalt. Ich fühle ihren Atem, aber ich kann ihre Hand nicht berühren, kann sie nicht umarmen und ihr ein liebes Wort sagen!“

Graue alte und junge Arrestanten marschieren einer hinter dem anderen und ihre Fesseln klirren. Sie fliehen im Kreise herum, rufen einander verschiedene Worte zu und schämen sich jenen Frauen, die ihnen unerreichbar und doch nur von einem dünnen, alten, morschem Holzzaun von ihnen getrennt waren. Und dieser Zaun schied Prachow auf immer von Olga.

(Vereinfachte Übersetzung von Maurice Strömman)

Das Land der Pagoden

Wenn man das Wort „Pagode“ hört, so denkt man gewöhnlich zuerst an China, aber nicht das Reich der Mitte ist die Heimat dieser merkwürdigen Tempel, sondern Indien, und in dem indischen Kulturkreis ist wieder Birma das eigentliche Pagodenland. Hier befinden sich Zehntausende solcher heiligen Bauten, und wenn man von einer Erhebung über das blühende Land blickt, dann ist es wie geprentelt mit diesen Tempeln, deren spitze Dächer in der Sonne funkeln. Mit feiner Andacht und Mühe der Bau auch zunächst vollendet wird, so kümmert sich das Volk dann doch wenig um seine Erhaltung, und wenn eine Pagode zerfällt, dann errichtet man lieber eine neue, so daß zahllose materielle Ruinen emportagen.

Von den Wundern dieser birmanischen Pagodenwelt erzählt der englische Reisende G. E. Arrowsmith. Unterhalb des Hügels von Mandalay befindet sich in einem unummauerten Gebiet eine Anzahl von 729 ganz gleichen Pagoden. Sie stellen eine riesige und wohl die seltsamste Bibliothek der Welt dar, denn in diesen Kuppelbauten werden die Gebete Buddhas, auf Steinplatten geschrieben, bewahrt, immer eine Tafel in einem Tempel. Die Tafeln sind in Vollsprache, aber in birmanischen Buchstaben angezeichnet. In der Mitte dieser 729 Pagoden erhebt sich ein größeres Bauwerk mit einer vergoldeten Kuppel, in der die Pilger nach einem Rundgang durch die einzelnen Tempel ihr Hauptgebet verrichten. Eins der schönsten Bauwerke Birmas ist die Arakanpagode, die zu den drei großen Heiligstätten des Landes gehört, die man nicht einfach verlassen läßt, sondern sorgfältig erhält. Das sind außer der Arakanpagode noch der Schwedagon in Sangan und der große Tempel zu Pegu. Im Innern der Arakanpagode befindet sich eine über drei Meter hohe Statue Buddhas, die in einem hellen Glanze strahlt, da sie täglich frisch mit Goldfolie belegt wird. Jeder Besucher des Gotteshauses erwirbt von einem Priester ein kleines Paket mit Goldblättchen, das dann feierlich um die Figur herumgetragen und dessen Blättchen von einem anderen Priester an einer Stelle der riesigen Fläche angeheftet werden.

Unter allen Pagoden des Fernen Ostens ist aber die herrlichste der Schwedagon von Sangan. Dieser gewaltige Bau, der die Form einer tiefen Glocke hat, erhebt sich zu einer Höhe von 123 Metern und hat an seiner Basis einen Umfang von über 400 Metern. Der größere Teil der Oberfläche wird jedes Jahr frisch mit Goldfolie belegt, die von den Besuchern gespendet wird. An der höchsten Spitze befindet sich eine Fahne, die mit echten Edelsteinen, und zwar mehr als 4000 Diamanten, Rubinen und Smaragden verziert ist. Unter dieser Fahne befindet sich das „Hati“, ein goldener Schmelz aus sieben Ringen, an denen 100 Glocken aus reinem Gold und 160 aus Silber hängen. Wenn der Wind hindurchfährt, dann hört man das melodische Klängen dieses einzigartigen Glockenspiels, dessen Wert auf mehrere Millionen Mark geschätzt wird. Dieses riesige Bauwerk mit seinem Goldbelag hat seinen anderen Zweck, als ein kleines Rüstchen zu überdecken, das in dem Mittelpunkt des Fundaments eingegraben ist und drei Haare Buddhas enthält. Ueberhaupt sind ja die Pagoden eigentlich keine Gotteshäuser, sondern nur Denkmäler, die irgendeine Reliquie des Gautama enthalten, ein Haar von seinem Haupt, einen Zahn oder auch nur das Stück eines Fingernagels.

Geistesgegenwart

Die nachfolgende Geschichte klingt wie eine gut erfundene Anekdote. Sie soll aber wirklich wahr sein, und sie ist jedenfalls so charakteristisch für ihre Hauptperson, daß man an ihrer Glaubwürdigkeit nicht zu zweifeln braucht.

Der Schüler eines englischen College kam aus der Kirche zurück, in der er einer Trauungszeremonie beigewohnt hatte. Zu Hause mußte er den Weg durch das Speisezimmer nehmen, und als er mehrere leere Kessel auf dem Tische liegen sah, konnte er der Versuchung nicht widerstehen. Da er sich nicht beobachtet glaubte, nahm er den größten der Kessel, näherte ihn seinem Munde und wiederholte die in England übliche Formel, die er bei der Trauung in der Kirche gehört hatte: „Hierdurch mache ich die Ehe kund zwischen diesem Apfel und meinem Mund. Wenn jemand Einspruch dagegen erheben will, so tue er es jetzt, oder er schweige für immer!“

Die „Ehe“ wurde vollzogen. Unglücklicherweise hatte jedoch ein Lehrer des Internats heimlich den Vorgang beobachtet. Er sagte zunächst nichts und rief den Schüler erst am anderen Tage zu sich. Mitten im Schulzimmer erschien der Magister mit einem derben Mohrstock, um den nachhaltigen Jungen tröstlich zu verprügeln. Dabei begann er die Prozedur mit folgenden Worten: „Hiermit mache ich die Ehe kund zwischen diesem Stock und diesem Hosenboden. Wenn jemand Einspruch dagegen erheben will, so tue er es jetzt, oder er schweige für immer!“

Der nachhaltige Schüler erkannte sofort, wie er sich retten konnte, und rief daher augenblicklich mit größter Geistesgegenwart: „Halt! Ich erhebe Einspruch.“

„Mit welcher Begründung?“ fragte der Lehrer.

„Weil die Parteien nicht einverstanden sind.“

„In diesem Falle“, erwiderte der Lehrer lächelnd und von dieser Geistesgegenwart entzaubert, „müssen wir leider die Zeremonie verabschieden.“

Die Zeremonie hat für immer verschoben werden müssen, denn der nachhaltige und geistesgegenwärtige Junge entwickelte sich bald zu einem Musterpfeiler der ganzen Klasse. Auch sein späteres Schicksal hat vollumfänglich die großen Hoffnungen bestätigt, die sein Lehrer schon damals auf ihn setzte, denn der schlafgertige Schüler, von dem hier die Rede war, ist niemand anders gewesen als der spätere englische Dichter — Bernard Shaw.

Spiel Klavier — oder zu lernen! Ein ungarischer Erfinder, Dr. Franko, tritt mit einem Musikinstrument auf den Plan, das einerseits die Nachbarn schonnt, andererseits, wenn nötig, große Klänge hervorzubringen vermag und überdies sehr wohlklingend sein soll. Die Konstruktion ist die eines gemächlichen Pianos. Auch Saiten sind vorhanden, die in normaler Weise angehängt werden, aber an sich nur in ganz schwachen Tönen erklingen, wie etwa bei dem sogenannten Klavier. Diese Töne werden nun auf einen arge Weise verstärkt. Unter jeder Saite befindet sich ein kleiner Elektromagnet. Durch Anschlag garü die Saite in mechanische Schwingungen, die im Elektromagneten Wechselströme im Rhythmus der Saitenschwingungen auslösen. Diese Wechselströme dienen zur Steuerung einer Empfängeröhre, deren Antenne sie zupfehrt werden. Die Töne kann man im Kopfhörer oder Lautsprecher abhören. Sie sollen vollkommen denen eines normalen Pianos gleichen, obwohl die Saiten meistens — in der allgemeinen Vertheilung von einem Viertelmeter — verkürzt sind.

Der orientalische Till Eulenspiegel

Es gibt wohl kaum einen Menschen im ganzen Orient, dem der Name Kullah Rasir ed din unbekannt wäre. In Anatolien und den angrenzenden Ländern ist er unter dem Namen Kasir ed din höchst bekannt. Wenn auch Jahrhunderte seit seinem Tode verstrichen sind, so ist doch noch heute Kullah Rasir ed din der populärste Name in ganz Vorderasien, sein Träger der typische Vertreter des orientalischen Humors und der Meister der Volksweisheit. Dabei erfährt er sich, ein gebürtiger Türke, gleichen Ruhmes auch unter den anderen Völkern des nahen Ostens: also unter den Türken und den Tataren, den Persern und den Turkmänen, den Armeniern und den Georgiern, den kaukasischen Bergvölkern und den Nomadenstämmen Zentralasiens, den Sturden und den Syrern, den Christen und den Mohammedanern. Noch heute werden in den verschiedensten Sprachen und Idiomen dieser Völker die Anekdoten und die Sprüche Kullah Rasir ed din erzählt und als das beste Mittel helleren Zeitvertreibes betrachtet.

Kullah Rasir ed din hat im 14. Jahrhundert, zur Herrschaft Dentsurus, des bekannnten Mongolenkaiser und Eroberers der halben Welt, gelebt. Auch werden zahlreiche Anekdoten und Sprüche Kasir ed din mit dessen Namen in Verbindung gebracht. Geboren im Simirchisar und gestorben in Adschel in Anatolien, hat Kullah Rasir ed din in Konia eine zeitgemäße Bildung erhalten und ist später als Kadi, moslemischer Rechtslehrer dazwischen, aber auch in Angora, Brussa und anderen Städten Kleinasiens tätig gewesen. Von Natur aus heiteren und leichtsinnigen Charakters, hat sich Kullah Rasir ed din in seinem Leben immer mit Wenigem begnügt, er hat nie seinen Frohsinn verloren; aber auch seine Mitmenschen und die Umgebung hat er immer in heiterer Laune zu erhalten verstanden. Also hat Kullah Rasir ed din, der orientalische Till Eulenspiegel, gelebt und in seinem 80. Lebensjahre sein Ende gefunden. Noch heute ist sein Grab in Adschel ein Gegenstand allgemeiner Verehrung, so, fast ein Wallfahrtsort. Noch heute herrscht dort die Sitte, daß man sich anlässlich der Hochzeiten zum Grabe Kasir ed din begibt und ihn „zusammen mit seinen Gehilfen“ zur Hochzeit einlädt; unterläßt man dies, dann würde — so glaubt man — die glückseligste Ehe keine glückliche sein. Am besten lernt man Kullah Rasir ed din in seinen eigenen Aussprüchen kennen. Deren einige seien hier deutsch wiedergegeben.

Eines Tages bittet Kullah Rasir ed din seinen Nachbarn um einen großen Kochtopf. Er wollte darin Pilaw (Reispeise) bereiten. Der Nachbar leiht ihm ihn gerne. Am anderen Morgen trägt der Kullah den Topf zurück, dabei noch einen Steinern.

„Woher aber dieser kleine Topf?“ fragt der Nachbar.

„Das ist das Ferkel von eurem Topf; er hat es gestern abend in unserem Hause gemorfen“, antwortete Kasir ed din.

Der Nachbar lacht in sich über die Dummheit Kullahs und nimmt die beiden Töpfe mit. In einigen Tagen bittet Kullah den Nachbar um denselben großen Topf. Der Nachbar gibt ihn wieder mit großer Freude her, da er hofft, der Topf werde auch diesmal ein Ferkel werfen. Es vergehen einige Tage, und der Kullah bringt ihn nicht zurück.

„Aber Kullah, wo bleibt denn mein Topf?“ fragt der Nachbar.

„Er ist gestorben“, antwortet er ernst. „Lange lebest du!“

„Was redest du da!“ erwidert ihm der Nachbar zornig. „Kann ich ein Topf sterben?“

„Warum denn nicht! Wenn er ein Ferkel werfen kann, so kann er auch sterben!“ antwortet ihm der Kullah und fügt hinzu: „Warum hast du damals ans Gebären geglaubt, jetzt aber willst du nicht ans Sterben glauben.“

Eines Tages fragte man Kullah Rasir ed din: „Kullah, wer ist deiner Meinung nach der dümmste Mann?“

„Der, wer die Wahrheit den Menschen ins Gesicht sagt“, antwortet Kullah.

Eines Tages bestieg Kullah Rasir ed din die Kanzel, um zu predigen. „Wißt ihr, Gläubige, was ich euch zu sagen gedenke?“ wandte er sich zur Menge.

„Nein“, antwortete man ihm von allen Seiten; „woher sollen wir es wissen?“

„Wenn ihr es einmal nicht wißt, was soll ich euch denn sagen!“ erwidert der Kullah und geht fort. Ein anderes Mal bestieg er die Kanzel und richtet dieselbe Frage an die Betenden.

„Wir wissen es, wir wissen es“, bleibt die Antwort nicht aus.

„Wenn ihr schon wißt, was ich euch zu sagen beabsichtige, da braucht ihr es auch nicht mehr zu hören“, erwidert der Kullah und entfernt sich. Ein drittes Mal antwortet ihm auf dieselbe Frage einige: „Ja, wir wissen es.“ Die anderen aber: „Nein, wir wissen es nicht.“ Ohne seine Ruhe zu verlieren, sagt Kullah mit ernstem Gesicht: „Wie schön! Also laßt ihr euch alle, die es nicht wißt, von denen belehren, die es wissen.“

Eines Nachts schlief ein Dieb in Kasir ed din's Haus hinein, nahm einige Sachen und trug sie auf seinem Rücken zu sich nach Hause. Der Kullah ahnte sein Versteck und trug selber einige Möbel aus seinem Schlafzimmer und folgte dem Dieb. In seinem Haus angefangen, bemerkte der Dieb den Kullah, wie er mit Mühe ihm folgte und die Hauschwelle betrat. Er fragte den Kullah: „Was hast du hier zu suchen?“ Der Kullah aber antwortet erstaunt: „Was hast du hier zu suchen? Sind wir denn nicht hierher umgezogen?“

Kullah Rasir ed din besah ein wunderliches Lämmlein. Er liebte es sehr, pflegte es herzlich und wollte sich nie von ihm trennen. Das Lämmlein war sehr vermähnt, es machte oft Lärm und belästigte seinen Herrn. Seine Freunde aber wollten das Lämmlein doch schlachten lassen und es verzehren. Einer von ihnen kommt zu Kullah und sagt: „Ehendi, wenn nicht heute, so wird morgen die Welt doch untergehen; was willst du mit dem Lämmlein machen, laß uns es verzehren und uns freuen.“ Der Kullah schickte ihn aber mit leeren Händen fort. Desgleichen die anderen, die dasselbe erreichen wollten. Endlich sah er sich doch gezwungen, zusammen mit seinen Freunden aufs Feld zu gehen, dort das Lämmlein zu schlachten, und es zu braten. Das Feuer brannte mitten im Felde. Inzwischen hatten sich Kullahs Freunde ausgezogen und badeten im Fluß. Da nahm der Kullah die Gelegenheit wahr, um sich zu rächen; er nahm alle ihre Kleider und warf sie ins Feuer. Nach einer Weile kehrten sie hungrig zurück. Als sie aber anstatt ihrer Kleider nur Asche vor sich fanden, überfielen sie den Kullah und riefen ihm zu: „Wer hat das getan, Kullah?“ — „Warum sollt ihr so zornig, Kinder! Sowie es wird die Welt untergehen müssen, was wollt ihr also mit den Kleidern anfangen?“ Beiße Wecheln.

M I T T W O C H D i n n i n g



Allen Müttern, die jemals für ihre Kinder bei uns gekauft haben, wird dieser Hinweis genügen, um sie wieder zu uns zu führen.

Die Kinder-Kleidung, die Sie bei uns bekommen, ist aber auch wirklich entzückend! Praktische und modische Forderungen sind hier in geschickter Weise vereint, und die Auswahl ist gewaltig, wie sich das bei uns gehört.

Und dann die Preise!

Sie werden glücklich sein über Ihren guten Kauf, und Sie werden es verstehen, daß man auch, wenn es sich um Kinder-Kleidung handelt, sagt:

GEHEN SIE

Oranienstr.40 Chausseestr.113 Königstraße 33
 An Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz



Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Verkäufe

Reisverkauf! Deutsches Leinwandhaus Emil Deffert seit 1882 nur Oranienstraße 158. Reinstele Beziehungen zur Schlich Klingenberg Firma. Man geht auf Bornamen Emil.

Tapeten, Gellat, Rollläden 9.

Reisverkauf! Wegen Geldmangel (potthilf) Reis 15.-! Strohpelle 22.50! 25.-! Bauernbetten 20.-! Keine Kommoden! Weißhaus Brunnenstraße 47.

Kocher, eiserne, Gas, Kohle, jeder Art und Größe, Siebdruck, Haushalt, Restauration (Siebdruck), billige Bekleidung, Schmuckstücke, Bilderrahmen, Weißblech, Dienstboten, Zellulose.

Defen, eiserne, jeder Art und Größe, auch für Gase bis 5000 cm. Die alte Spezialfabrik Sommer u. Wieders, Trebenstraße 98-100.

Schuhwaren

Billige Schuhwaren und trotzdem haltbar kaufen Sie am besten bei H. Derrschmidt, S. 28, Münzstraße 7.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Van Kavalieren wenig getragen und neue Jodettanzüge, Smokinganzüge, Überzieher, Sommerpölkets, Jacken und marocain, Paucanzüge u. Paletots für jede Figur passend. Pelswaren-Verlegenheitsstücke enorm billig. Keine Kommodenware. Weißhaus Friedstraße 2, Ballisches Tor.

Reißhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft (potthilf) Rosaliesgarderobe, wenig getragen sowie selbst hergestellte erstklassige neue Ulster, Jodettanzüge, Gesellschaftsanzüge, Pelswaren, Garderoben, auf meinen Auktionen ersteigerte Waren.

Wäsche, Bett-, Tisch-, Leib- und Hauswäsche, auch ohne Anzahlung, liefert sofort Weißhaus Scholt, Neue Salomonstraße 5.

Möbel

Patenmatten "Prinzipal", Bettbetten, Koffermatratzen, Chaiselongues, Wägen, Stange, Garderoben, etc. etc. Rein haben

Musikinstrumente

Gebrauchte Qualitätsplannos, Violinen, Klaviers, Orgeln, etc. etc. Rein haben

Radio

Radio 1000-2000-3000-4000-5000 Sparspreiser 1.20 Apparat Teilszahlung, Verleihens 1.20 Schönebergstr. 2.

Fahrräder

Teilszahlung, laufende Bedingungen, Fahrpreise, nur Qualitätsräder, Fahrrad "Diana", übertrage fertig.

Fahrradbeder 1.20, Schlaube 1.20, Reibte 1.50, Reparaturen billig, Schönfeldstraße 2.

Teilszahlung, Diamanträder, Sporträder, Rennräder, Dpelleräder, Triumpfräder, Witterräder, Lospoeräder, Schölnerräder, Ritorieräder, Wolfenräder 115.-, Refferäder 27.-, Puchschalung Kolumba, Schlaue, Bernmeierstraße vier.

Gebrauchte Tourenräder, Straßenräder, Damenräder, potthilf, Schlaue, Reimeierstraße vier.

Kaufgesuche

Jahreshefte, Kettensäge, Kamin, etc. etc. Rein haben

Schlafstellen

Schlafstelle für zwei Betten zu vermieten. Hausnummer 19, Hof 3, bei Gleisdorf, nach 1/2 Uhr.

Unterricht

Schnellübernde Privatlehrer, Kurschrift, Mathematik, Buchhaltung, Buchführung, etc. etc. Rein haben

Stenographie, Buchführung, etc. etc. Rein haben

Wohnungen

3. u. 4. u. 5. Zimmer-Reihenwohnungen in Friedrichshagen, Hummelstraße, etc. etc. Rein haben

Vermietungen

Wohnungen, etc. etc. Rein haben

Mutter, Vater, bitte bitte, jetzt nach dem Fest den Schulanzug bei BAER SOHN kaufen!

Matrosen-Anzug aus blauem Molton, Größe 0 und 1 M. 7.00

Sport-Anzüge dunkelgemusterte Stoffe, mit glatter Hose, Gr. 3 M. 11.50

Pyjacks aus blauem Molton, ganz gefüttert, mit Aermelstücken, Größe 0 5.00

Manchester-Hosen grau oder braun, Größe 7 bis 9 M. 4.50

Für Regentage!

Windjacken wetterfeste Stoffe für Sechsjährige M. 4.75

Gummimäntel für Knaben und Mädchen, für Achtjährige M. 6.00

Loden-Mäntel imprägniert, Strichloden, für Sechsjährige bis Siebenjährige M. 9.50

BAER SOHN A. G.
 Berlin N4, Chaussee-Strasse 29-39
 U-Bahn-Station Stettiner Bahnhof

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen

Den Angehörigen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Karl Tebling
 geb. 23. November 1877, am 20. März, an Nierenleiden gestorben ist. Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 4. April, vormittags 9 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Am 28. März nach unser Kollege, der Dreher

Fritz Krüger
 geb. 19. November 1891. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 4. April, nachmittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Am 31. März nach an Schlaganfall unser Kollege, der Gürtler

Hugo Müller
 geb. 19. September 1855. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 4. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, am der Reichshalle (keine Kapelle) des Friedhofes in Stahnsdorf aus statt. Schloß Charlottenburg 230 Uhr.

Am 20. März nach an Herzschlag unser Kollege, der Gürtler

Albert Rontke
 geb. 22. Juni 1877. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 4. April, nachmittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt. Keine Beerdigung wird erwartet.

Am 25. März nach an Schlaganfall unser Kollege, der Gürtler

Eugen Venus
 geb. 18. April 1884. Die Einäscherung hat bereits stattgefunden. Bitte Ihren Abschied. Die Ortsverwaltung.

Wanderkarten

L. Juergens
 Alexanderplatz
 Neue Königstr.

Omnibus 28
 ab Grünau, Bahnhof bis Reichplatz über 30 Plätze an der Schönefelder Chaussee, West d. Reichplatzes am 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Wenn die Frühlingalüste brausen Mußt Du oft dem Hut nachsausein! Hast Du Hühneraugen-Zehen, Wirst Du ihn nie wiedersehen! Blitzschnell läufst Du und gewandt! Wenn Du „Lebewohl“ verand!

C. A. Winkler
 Zehn Dorf Mitte
 Zeltamer Str. 8
 Schöneberg 2228

Wenn die Frühlingalüste brausen Mußt Du oft dem Hut nachsausein! Hast Du Hühneraugen-Zehen, Wirst Du ihn nie wiedersehen! Blitzschnell läufst Du und gewandt! Wenn Du „Lebewohl“ verand!

* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Kaiserschnecken, Bleichzose 18 Pfennig 75 Pfennig, Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schachtel (2 Bäder) 30 Pfennig, erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Entschärfungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Bleichzosen und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Größte Aktiengesellschaft der Welt

Mit 8 1/2 Milliarden ein USA-Telephontrust — Beherrscht 2/3 aller Telephone

Ziemlich gleichzeitig mit dem Beginn der Präsidentschaft Herbert Hoovers kommen aus den Vereinigten Staaten Meldungen über Kapitalrüstungen der großen amerikanischen Konzerne. Das Zusammentreffen mag ein Zufall sein. Jedenfalls deutet aber beides, sowohl der Amtsantritt eines dem amerikanischen Industriekapital so nahestehenden Mannes wie Hoover und die Kapitalerhöhungen der größten amerikanischen Aktiengesellschaften darauf hin, daß die Welt eine weitere Verstärkung der amerikanischen Wirtschaftsmacht zu erwarten hat.

Da ist zum Beispiel die Anaconda Copper Company, die größte Kupfergesellschaft der Welt, die die führende Rolle in dem internationalen Kupfermarkt spielt, dessen Politik bekanntlich allein dem deutschen Kupferverbrauch eine Mehrbelastung von weit über 100 Millionen Mark beschert hat; diese Gesellschaft verschmilzt dieser Tage mit der Chile Copper Company und erhöht gleichzeitig ihr Aktienkapital von 300 auf 600 Millionen Dollar (rund 2 1/2 Milliarden Mark). Da ist ferner der amerikanische Stahltrust, der größte Eisen- und Stahlproduzent der Erde (United States Steel Corporation); dieser Konzern beschloß Ende Februar, sein Stammaktienkapital von 753 auf 1230 Millionen Dollar zu erhöhen; das sind mehr als 5,2 Milliarden Mark. Da ist weiterhin die American and Foreign Power Company, eine Gesellschaft, die systematisch lateinamerikanische Elektrizitätswerke und Stromverförmigungsnetze aufkauft; ihr Aktienkapital wird um 100 Millionen Dollar vermehrt. Ebenso nimmt auch die größte Aktiengesellschaft der Welt,

der amerikanische Telegraphen- und Telephontrust

(American Telephone and Telegraph Company), eine gewaltige Kapitalerhöhung vor: von 1,5 auf 2,0 Milliarden Dollar, d. h. um 2 Milliarden auf 4,4 Milliarden Mark.

Man muß wissen, daß in Amerika das Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonwesen ebenso wie der Rundfunk und die öffentliche Elektrizitätsversorgung nicht wie in Deutschland in Händen des Staates liegt, sondern von großen Privatkonzernen betrieben wird. Man nennt diese Gesellschaften in den Vereinigten Staaten „Public Service Companies“, d. h. Gesellschaften des öffentlichen Dienstes. Es sind reine Privatgesellschaften, die jedoch in einigen Punkten unter Aufsicht amerikanischer Regierungsbehörden stehen. Sie dürfen z. B. nicht ohne weiteres ihre Tarife erhöhen, Verschmelzungen vornehmen usw. Die Aufsicht des Staates ist jedoch durchweg nur eine Formalsache, und praktisch tun diese Gesellschaften ebenso wie alle anderen privaten Kapitalgruppen, was sie wollen. Die American Telephone and Telegraph Co.

beherrscht fast das gesamte Telephonnetz der Vereinigten Staaten.

Die Geschichte dieser Gesellschaft ist zugleich die Geschichte der Entwicklung des Telephons überhaupt. Im Jahre 1876 zeigte ein Professor Graham Bell auf der Weltausstellung in Philadelphia sein Telephon. In den folgenden Jahren wurde die Erfindung rasch verbessert, einige Apparate wurden auch nach England und Deutschland geschickt, und in Amerika entstanden zwei Telephongesellschaften, die 1880 zusammengefaßt wurden. Der Name dieser Gesellschaft lautete American Bell Telephone Company (Amerikanische Bell-Telephon-Gesellschaft). Damals waren in den Vereinigten Staaten knapp 31 000 Telephonapparate in Verwendung. Zwei Jahrzehnte später, um die Jahrhundertwende, verzeichneten die Vereinigten Staaten bereits den Betrieb von 677 000 Bell-Telephonapparaten. Im Jahre 1910 waren es bereits 5 900 000 und Ende 1927 18 400 000 Telephonapparate. Das sind fast zwei Drittel aller Telephonapparate der Welt.

Die ehemalige Bell-Gesellschaft, d. h. unser heutiger Trust, beschränkt sich jedoch keineswegs darauf, 70 000 Städte und Ortschaften der Vereinigten Staaten mit Telephondienst zu versorgen, sondern beherrscht außerdem erstens den größten Teil der Herstellung von Telephonapparaten und -material aller Art in Amerika, und zeigt zweitens die Tendenz, einen immer größeren Teil des internationalen Telephon- und Telegraphennetzes an sich zu reißen.

Inbesondere beherrscht der Telephontrust die Western Electric Company, die u. a. bei Chicago die größte Telephonfabrik der Welt betreibt und gegenwärtig in Baltimore eine neue große Fabrik für Telephon- und Telegraphenkabel mit einem Kostenaufwand von über 60 Millionen Mark errichtet. Die Fabriken dieser Gesellschaft stellen außerdem auch Rundfunkgerät her und widmen sich seit kurzem auch der Herstellung von Sprechmaschinen. Der Telephontrust und die Western Electric beschränken sich auf die Beherrschung des Marktes der Vereinigten Staaten und Kanadas; für die übrige Welt besteht eine mit dem Trust verbundene Gesellschaft, die jedoch mit dem Telephontrust eng verbunden ist: die International Telephone and Telegraph Corporation.

herrscht außerhalb der USA.

Diese Internationale Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft verfügt über Apparatfabriken oder Beteiligungen an Telephon-

gesellschaften an allen wichtigen Punkten der Erde, in Wien, Paris, London, Mailand, Madrid, Schanghai, Tokio usw. Sie erwarb in den letzten Jahren Telephongesellschaften in südamerikanischen Staaten, insbesondere in Brasilien, Chile, Argentinien und Uruguay. Vor kurzem wurde bekannt, daß sie wegen Übernahme der United River Plate Telephone Company in Verhandlungen steht; sollte diese Übernahme, die rund eine Viertel-milliarde Mark kosten wird, verwirklicht werden, so würde die Gesellschaft fast das ganze Telephonnetz der Staaten Chile, Argentinien und Uruguay in Händen haben.

Auch im Radiogebiet ist die Gesellschaft tätig. So wurde ihr kürzlich von der chilenischen Regierung die Konzession zur Gründung der Compañia Internacional de Radio erteilt, einer Gesellschaft für drahtlosen Telegraphie und Fernsehdienst. Im vergangenen Jahr übernahm sie ferner in den Vereinigten Staaten die sogenannte Radan-Gruppe, einen Konzern, der über 7 Kabel-Linien von Amerika nach Europa, weiterhin über Kabel nach Kuba, dem Fernen Osten usw. verfügt. Ferner wurde unter Mitwirkung dieser Gesellschaft in Frankreich im vergangenen Jahr die Société de Téléphones Grammont gegründet, eine Gesellschaft, die ihrerseits an anderen Firmen beteiligt ist, in Deutschland an den Lüdenscheider Metallwerken und an der Vereinigten Elektrotechnischen Fabrik Busch u. Säger.

Die Gewinne solcher Nachrichtenmonopole.

Von besonderem Interesse ist es, welche Gewinne diese Truste aus ihrer monopolartigen Beherrschung des Nachrichtenverkehrs in den Vereinigten Staaten, Kanada und anderen Ländern ziehen. Die American Telephone and Telegraph Company hatte im Jahre 1926 einen Reingewinn von 117, 1927 von 129 und 1928 von 143 Millionen Dollar. Allein der Reingewinn des Jahres 1928 entsprach somit der Summe von rund 600 Millionen Mark. Das ist jedoch nur ein Teil des gesamten Reingewinns, denn der Konzern verfügt in den Vereinigten Staaten über eine ganze Reihe von Untergesellschaften, die zwei Prozent ihrer Reingewinne an die Muttergesellschaft abführen müssen. Im Jahre 1927 betrug der Reingewinn des Gesamtkonzerns bereits mehr als 166 Millionen Dollar und dürfte im Jahre 1928 etwa 200 Millionen Dollar erreicht haben. Allein der Reingewinn der von dem Trust zu 98 Proz. beherrschten Western Electric belief sich 1928 auf etwas über 80 Millionen Mark.

Noch große Zukunft des Telephons.

Um die weiteren Gewinnaussichten dieser Gesellschaften und den Grad ihrer Machtstellung zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Ausbau des Telephonnetzes noch längst nicht abgeschlossen ist. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo das Telephonwesen am weitesten entwickelt ist, geht der Ausbau des Netzes und die Inbetriebnahme neuer Anschlüsse immer noch weiter. Gegenwärtig entfallen auf je 1000 amerikanische Einwohner etwa 150 Telephonanschlüsse, in Deutschland nur etwa 45. Ist aber schon in Amerika und in anderen Industrieländern das Telegraphen- und Telephonwesen noch stark ausbaufähig, so gilt das erst recht von anderen Teilen der Welt. In Asien und in Afrika entfällt auf 1000 Einwohner noch nicht ein Telephonanschluß im Durchschnitt, in Südamerika sind es durchschnittlich erst fünf. Schon aus diesem Grunde können daher die amerikanischen Gesellschaften mit großer Geschäfts- und Machtausdehnung rechnen.

Heute sind auf der ganzen Erde rund 30 Millionen Telephonapparate in Betrieb, davon etwa 20 Millionen unter Kontrolle der Amerikanischen oder der Internationalen Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft. Es ist sicher, daß sich in absehbarer Zeit diese Ziffern vervielfachen werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß den Löwenanteil an dieser Weiterentwicklung die genannten amerikanischen Truste haben werden. Wenn wir noch darauf verweisen, daß diese Truste mit anderen großen Nachrichtengesellschaften in Verbindung stehen, mit Funk- und Kabelkonzernen, so bekommt man eine Vorstellung davon, bis zu welchem Grade das moderne Nachrichtenwesen der Erde bereits von einer einzigen privatkapitalistischen Gruppe zusammengefaßt ist.

Die Wirtschaft im März.

Der Monatsbericht der Industrie- und Handelskammern.

Die Kündigung des Lohnabkommens durch die Bergarbeiterverbände ist den Sogndizis der Industrie- und Handelskammern offenbar bestig in die Glieder gefahren. Bei der Abfassung des Berichts über die Wirtschaftslage im Monat März vermaßen sie daher nicht, auf die „tristenhafte Lage“ im Ruhrbergbau hinzuweisen, die durch die Kündigung der Lohserträge noch eine Verschärfung zu erhalten droht. Auch der offensichtlich pessimistische Ton in dem Monatsbericht dürfte auf die Aktion der Bergarbeiter und auf allgemein sozialpolitische Momente zurückzuführen sein. Da kein vernünftiger Mensch in Deutschland in dem ersten Monat nach der abnormen Kältemesse einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung erwartet haben wird, erscheint der Pessimismus in dem Industrie- und Handelskammerbericht durchaus unangebracht.

Im Ruhrbergbau war die Abfuhr im März gut und Feierschichten brauchten im Berichtsmonat nicht eingelegt zu werden. Die arbeitsmäßige Kohlenförderung stieg auf fast 400 000 Tonnen gegen rund 378 000 Tonnen im Februar, und die salender-tägliche Kohlegewinnung erhöhte sich von 85 441 auf 99 274 Tonnen. Auch im mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlenbergbau herrschte im Berichtsmonat rege Nachfrage. Die Entwicklung des Kaliabfahes hat sich gegenüber den beiden Vormonaten im März bedeutend günstiger gestaltet. In der Grob-eisen-industrie hat bei verschiedenen Erzeugnissen eine teilweise Belebung eingelebt, deren Stärke jedoch noch nicht zu erkennen ist. Die Maschinenindustrie konnte den Rückgang von Inlandsaufträgen durch verstärkte Ausfuhr teilweise ausgleichen. Gut beschäftigt war weiterhin die chemische Industrie und auch in der Automobilindustrie hat das Frühjahrgeschäft in größerem Umfang eingelebt. Die Lage in der Textilindustrie ist noch ungleich. Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit hat auf dem Baustoffmarkt im Berichtsmonat bereits zu größeren Abschläufen geführt.

Eine merkwürdige Berichtigung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat keinen Grund zur Abwehr.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gegen eine vom „Vorwärts“ vor einigen Tagen geübte Kritik sich in seiner Korrespondenz „Reichsindustrie“ durch folgende Mitteilung zur Wehr gesetzt:

„Der „Vorwärts“ beschäftigt sich mit der Tätigkeit der Sächsischen Landespfandbriefanstalt, die besonders der mittleren und kleinen Industrie in Sachen langfristige Kredite zur Verfügung gestellt hat. Das Blatt erinnert daran, daß im Jahre 1928 dem Institut im Hinblick darauf, daß der sächsische Staat die Kredite verbürgt, von der deshalb zuständigen Beratungstelle für Auslandsanleihen die Aufnahme weiterer Auslandskredite gesperrt worden ist. Es behauptet weiterhin, daß gleichzeitig in Berlin unter Teilnahme von Großbanken im Reichsverband der Deutschen Industrie für die gleichen Zwecke ein privates Bankinstitut gegründet worden sei, dem als Privatinstitut die Inanspruchnahme des ausländischen Kapitalmarktes offenstehe.“

Diese letztere Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich niemals an der Gründung eines Bankinstituts zur Beschaffung von Industrielokalen beteiligt, seine leitenden Gremien haben vielmehr stets betont, daß der Bedarf der Mittel- und Kleinindustrie an langfristigen Krediten durch die bestehenden Institute befriedigt werden müsse und daß dringend davon abzuraten sei, für die Durchführung dieser ihrer Natur nach vorübergehenden Aufgabe besondere Banken zu gründen, denen es in späterer Zeit an Betätigungsmöglichkeit fehlen würde.

Da an den bezüglichen Angaben des „Vorwärts“ kein wahres Wort ist, erübrigt es sich, auf die gehässige Kritik einzugehen, die das sozialdemokratische Organ daran knüpft.“

Es sind wirklich starke Worte, die sich der Reichsverband der Deutschen Industrie hier leistet. Wir haben aber festgestellt, daß die Abwehr des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ganz überflüssig ist und daß im wesentlichen die von uns berichteten Tatsachen stimmen. Um eine Erinnerungsaufklärung auszusprechen, haben wir noch einmal die Vorgänge geprüft, die mit der Gründung der Zentralbank deutscher Industrie A.-G. Berlin — um diese Bank

...zuerst noch
Kathreiner
mit Bohnenkaffee
gemischt dann
Kathreiner
"allein"!

So sind schon
viele hunderttausende
bekehrt worden!



Wer mit verwöhntem Gaumen probt
Und immer nur das Beste lobt —
Er bleibt nur einer Marke hold:

DER KENNER SCHWÖRT AUF

Preußengold!

5 3 Edel - Cigarette

Phänomen!

